

# Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

bei der Partei DIE LINKE

---

Nummer 4/13. Jhg.

Mitteilungsblatt

Oktober 2007

---

Zu diesem Heft:

Unser Arbeitskreis gedenkt seines am 12. September d. J. im Alter von 81 Jahren verstorbenen Mitglieds Prof. Dr. Lothar Berthold. Er gehörte zu seinen Mitbegründern und besorgte jahrelang mit großem Einsatz die Publikation seiner Ergebnisse.

In diesem Heft wird ein Teil der Materialien der am 22. September 2007 stattgefundenen Konferenz "Zwei ungleiche Nachbarn. BRD und DDR im Kalten Krieg" veröffentlicht: die Vorträge von Harri Czepuck und Gerd Deumlich sowie die Beiträge von Eckhard Trümpler, Georg Grasnack und Horst Schneider. Die Beiträge von Hans-Werner Deim, Klaus Eichner, Kurt Laser, Norbert Podewin und Wolfgang Schmidt erscheinen im nächsten Heft (Januar 2008).

Anknüpfend an die Konferenzen über die Zerstörung der europäischen Nachkriegsordnung (September 2005) und über die Ereignisse von 1956 (September 2006) wandte sich diese Konferenz speziell der Systemauseinandersetzung auf deutschem Boden zu. Sie machte deutlich, dass die Unterschiedlichkeit im Gesellschaftssystem, im sozialökonomischen Wesen der beiden deutschen Staaten sich auch im unterschiedlichen Umgang miteinander und den dabei angewandten Methoden niederschlug.

Sie machte die imperialistische Strategie der BRD gegenüber der DDR als Komplex von Wirtschaftskrieg, Spionage, Sabotage, psychologischer Kriegführung und politischer Diversion sichtbar und zeigte den Zusammenhang dieser Strategie mit der Remilitarisierung und massiver Repression im Innern sowie ihre Einbettung in die Strategie der USA und der NATO. In diesem Rahmen vermittelte sie auch wesentliche Aufschlüsse über Kontinuitäten vom Spionage- und Repressionsapparat des Naziregimes zu

dem der BRD, über die theoretische und politische Reflexion der nationalen Frage durch die SED sowie die politische Funktion und Wirksamkeit der Totalitarismuskonzeption.

Die nächste Ausgabe der *Geschichtskorrespondenz* wird – neben den genannten weiteren Konferenzbeiträgen – auch den Plan der Veranstaltungen des Arbeitskreises im Jahre 2008 enthalten.

Heinz Karl

*Inhaltsverzeichnis*

Editorial	S. 1
Harri Czepuck	
Grundpositionen des Verhältnisses zwischen BRD und DDR im Kalten Krieg	S. 3
Gerd Deumlich	
Westdeutsche Demokraten gegen Spaltungspolitik, Remilitarisierung und Repression	S. 16
Prof. Dr. Eckhard Trümpler	
Zur Entwicklung der nationalen Frage unter den Bedingungen der deutschen Zweistaatlichkeit	S. 21
Prof. Dr. Georg Grasnick	
"Elektronischer Krieg" gegen die DDR	S. 32
Prof. em. Dr. sc. Horst Schneider	
Prinzipien des Herangehens an die Geschichte von BRD und DDR	S. 35
Donnerstag-Veranstaltungen des Arbeitskreises, Oktober - Dezember 2007	S. 36

---

Impressum: Die GeschichtsKorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel über Internet bzw. E-Mail.

Internet: [www.die-linke.de/marxistischer\\_Arbeitskreis](http://www.die-linke.de/marxistischer_Arbeitskreis)

E-Mail: [marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de](mailto:marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de)

Interessenten ohne Internet-Zugang sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion (siehe unten). Die GeschichtsKorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)

Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-9355139

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Januar 2008.

Harri Czepuck

### **Grundpositionen des Verhältnisses zwischen BRD und DDR im Kalten Krieg**

Bundeskanzlerin Angela Merkel, nach Meinung einiger Umfrageinstitutionen mächtigste Frau der Welt, hat unlängst ihre Richtlinienkompetenz in Anspruch genommen und in einem Interview mit der "Sächsischen Zeitung" gefordert, eine Liste mit Fragen aufzustellen, die noch die Hinterlassenschaft der DDR betreffen und die Themen, die sich daraus ergeben, zu erledigen. Im Kanzleramt sei eine grundsätzlich positive Bilanz dieser Aufarbeitung eines Stücks deutscher Geschichte gezogen worden. Basta.

Das fand bei CDU und SPD-Führungskräften ein positives Echo. Der CDU-Fraktionsvize im Sächsischen Landtag, Arnold Vaatz, befand, eigentlich seien nur noch ein paar rentenrechtliche Fragen oder die Finanzierung weiterer Gedenkstätten über das DDR-Terrorregime offen. Der SPD-Bundesvize und Finanzminister in Sachsen-Anhalt, Jens Bullerjahn, meinte, "den Osten" gäbe es schon nicht mehr. Er verspüre kein starkes West-Ost-Gefälle. Auch im Westen gäbe es unterentwickelte Gebiete. Und der Berliner Neubürger und CDU-Fraktionschef im Abgeordnetenhaus, Friedbert Pflüger, kritisierte nur noch die "schleichende Verharmlosung der zweiten deutschen Diktatur", die vor allem im Schulunterricht zu wenig aufgearbeitet worden sei.

Also, wenn man mit schlichtem Gemüt an die Sache geht, ist eigentlich nach Ablauf der letzten 60 Jahre deutscher Geschichte und deren Folgen, durch die BRD bis auf paar Kleinigkeiten eigentlich alles wieder in Ordnung gebracht worden.

Wir wissen, dass sich die Geschichte nicht ganz so einfach und vor allem nicht so einseitig abspielte, wie führende Politiker in unserem Lande es darstellen und manche Historiker und Politikwissenschaftler auch tiefsinnig zu begründen versuchen. Vor allem darf sie nicht um- oder gar neugeschrieben werden. Geschichte ist nun mal Geschehenes und nicht Gewolltes oder Gewünschtes.

Die heutige Situation in Deutschland, siebzehn Jahre nach der feindlichen Übernahme des Gebietes der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland, kann nur in vollem Umfang begriffen werden, wenn man die deutsche aber auch die europäische und Weltgeschichte von 1945 bis 1990 allseitig betrachtet. Es kann keine Trennung der deutschen Geschichte in dieser Zeit geben. Die Geschichte von BRD und DDR haben letztlich einen Ursprung, auch wenn die Bedingungen ihrer weiteren Entwicklung unterschiedlich waren und sich konfliktreich gestalteten.

Das Hauptthema unserer heutigen Konferenz lautet: Zwei ungleiche Nachbarn - Die DDR und die BRD im Kalten Krieg. Wir wissen, dass zwischen beiden deutschen Staaten eine Fehde von Anfang an bestand. Und wenn man heute die Situation zwischen alten und neuen Bundesländern im Spiegel der Massenmedien betrachtet, weiß man, dass diese Fehde oft nicht einmal mit grundsätzlich anderen Mitteln fortgesetzt wird. Denn eigentlich hat sich an der Grundposition der Betrachtung der deutschen Geschichte durch die bürgerliche Geschichtsschreibung in der neoliberalistischen Umwelt nicht viel geändert. Die Schuldzuweisungen an dem Dilemma, in dem die Welt steckt und die Feindbilder sind geblieben. Weil sich in diesem Jahr einige Daten und Ereignisse dafür anbieten, möchte ich mich in diesem Zusammenhang besonders mit der Situation vor 50 Jahren befassen. Gerade vor 50 Jahren, also im Jahre 1957, gab es Ereignisse, die die unterschiedlichen Positionen der beiden deutschen Staaten nicht nur schlechthin deutlich werden lassen. Sie beweisen, dass die damaligen Machthaber in Bonn, vor allem ihre ökonomische Basis, die Konzern-, Bank- und Landbesitzer ihre Verluste im Osten nie vergessen hatten. Sie hatten ihre eigene Konzeption zur Rückeroberung verlorener Ostgüter durch eine Politik der Stärke entwickelt (Wiedergewinnung verlorener Provinzen statt Wiedervereinigung hatte es Adenauer ja einmal

wörtlich formuliert), notfalls also auch gewaltsam. Das war ihre Vorstellung über eine Wiedervereinigung Deutschlands.

Deshalb lehnten sie auch alle Vorstellungen über solche Formen einer deutschen Einheit ab, die darauf hinausliefen, nach der 1945 erfolgten bedingungslosen Kapitulation die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und damit des 1939 begonnenen Krieges zur Neuordnung Europas unter deutscher Führung anzuerkennen und historisch festzuschreiben. Da kam natürlich dem deutschen Imperialismus die amerikanische Strategie des Roll-back als Ziel des Kalten Krieges gerade recht, weil sie auch mit dem Wunsch, die deutsche Geschichte zurückzudrehen oder zurückzurollen, übereinstimmte. Deshalb ist es überhaupt kein Zufall, dass in der Altbundesrepublik gerade im Jahr 1957 daran erinnert wurde, dass die Deutsche Wehrmacht bereits kurz vor Kriegsende den Westmächten angeboten hatte, nicht zu kapitulieren, sondern gemeinsam deutsche Erfahrungen im Kampf gegen den Bolschewismus und amerikanische technische Überlegenheit einzusetzen, um die Rote Armee wieder aus Mitteleuropa zurückzudrängen.

Ich glaube, dass es da einen engen Zusammenhang gibt, weshalb sich nicht zufällig die Auseinandersetzungen im Kalten Krieg auf deutschem Boden gerade auch in diesem Jahr 1957 immer mehr zu einem Stellvertreterkrieg für die beiden Supermächte entwickelte. Die alte deutsche Strategie zur Neuordnung Europas unter deutscher Führung ließ sich natürlich trefflich unter dem Vorwand betreiben, es gehe hier um die Lösung einer nationalen Frage. Heute, nach dem scheinbaren Sieg in diesem Kalten Krieg, lässt sich deshalb prächtig über die Richtigkeit der Bonner Wiedervereinigungspolitik parlieren.

Dazu gehört auch die Negierung der tatsächlichen Entwicklung *in beiden* und *zwischen beiden* deutschen Staaten gerade in den fünfziger Jahren durch die neudeutschen Geschichts- und Geschichtenschreiber. Die neudeutsche Historienbeschreibung führte gerade in jüngster Zeit durch einige Weglassungen und böswillige Hinzufügungen im Ablauf der Geschichte zu erheblichen Verfälschungen. Aber das ist wohl beabsichtigt, um weiterhin zur immer noch nicht vollständig gelungenen Delegitimierung der DDR beizutragen, damit die eigentliche Zielstellung, nämlich das europäische und möglichst globale Machtstreben des deutschen Imperialismus getarnt werden kann. Wer es kann, weil er es erlebt hat, wird sich erinnern: Bei den Bundestagswahlen im September 1957 – fast auf den Tag genau vor 50 Jahren – errang Adenauer mit seiner CDU zum ersten Mal die absolute Mehrheit im Bundestag. Den Herrschenden in Bonn war es durch das sogenannte Wirtschaftswunder und eine, auch in diesem Wahlgang betriebene übelste antikommunistische Hetze und Angstmache, gelungen, den Widerstand der Bevölkerung gegen den Prozess einer weitergehenden Remilitarisierung zu lähmen. (Ich füge hier aus aktuellem Anlass ein, dass die heutigen Bonner Machthaber Angstmache als geradezu terroristisches Mittel zum Zweck betreiben, ihre diktatorische Militarisierung der Innenpolitik durchzusetzen und etwa aufkommenden Widerstand dagegen mit scheinbar demokratischen Mitteln abzuwehren.) Nach dem Wahlerfolg beschlossen die Machthaber der Bundesrepublik das Schönreden der eigenen Seite und die Verteufelung der anderen möglichst noch zu steigern.

Und nicht nur das. Man begann jetzt offener als zuvor eine neue Machtposition in Westeuropa aufzubauen aus der heraus, 12 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation, wieder am deutschen Nationalstolz gerührt wurde: Wir sind wieder wer. Es schien, als hätten die oder der Verfasser des scheinbar prophetischen Leitartikels in der letzten Ausgabe der Berliner Goebbelszeitung "Der Panzerbär" vom 29. April 1945 Recht behalten, wo zu lesen war: "Zu verlieren haben wir nichts mehr. Wir haben alles verloren, und würden durch Kapitulation uns selbst, unsere Zukunft, Frau und Kind preisgeben. Wohl aber haben wir die Chance, uns zu behaupten und einst dann Existenz, Familienleben und unseren sozialen Staat wieder aufzubauen, in dem wir einen noch größeren Wohlstand erreichen werden, als wir ihn vor diesem Kriege bereits genießen konnten. Dies ist ein fernes aber reales Ziel. Wir wollen es stets vor Augen behalten, wenn die Gegenwart heute Anforderungen an uns stellt, die uns fast unerträglich erscheinen ... In Berlin, in den rauchenden Ruinen der Reichshauptstadt entscheidet sich Europas

Schicksal, von dem Du das Deine nicht trennen kannst, Kamerad ... Wir müssen und werden den längeren Atem haben."

Diese im Stile eines Testaments verfasste Meinung Ende April 1945 sollte freilich einmal den Historikern, die sich mit der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts befassen, Stoff zum Nachdenken darüber sein, warum in der alten Bundesrepublik die alten Nazis und ihre Ideen nicht nur nicht verschwanden, sondern entscheidende Kommandostellen des Staates besetzten, der sich auch in seinem Grundgesetz als Nachfolgestaat des Dritten Reiches sieht und daraus auch seinen Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen abgeleitet hat. Das Nachdenken darüber könnte auch manche Diskussion abkürzen, ob wir es 1989/90 mit einer Revolution oder einer Konterrevolution zu tun hatten und warum zusammen mit den einmal enteigneten Großgrundbesitzern und Konzernherren, mit den neuen Verwaltungs- und Justizbeamten, mit den neuen Medien und bewaffneten Kräften sich auch die Neonazis hier breit zu machen versuchten. Ich sagte, um nicht missverstanden zu werden: Es könnte die Diskussion *abkürzen*, nicht ersetzen. Aber wenn sie geführt wird, dann bitte in aller Vollständigkeit mit den tatsächlichen Ereignissen in dieser Zeit in beiden deutschen Staaten.

Man sollte bei der Betrachtung jener Ereignisse, die hier in Rede stehen, das "Testament" im "Panzerbär", gewissermaßen im Hinterkopf haben, dessen Autorenschaft Medienwissenschaftler direkt bei Goebbels vermuten, dem ja die Zeitung "Das Reich" als Sprachrohr der Naziführung abhanden gekommen war und der zum Zeitpunkt des Erscheinens des Beitrages seine letzten Tage erlebte.

Ich sagte das nicht einfach so daher. 1957 war – zufällig oder nicht – das Jahr, in dem auch die "Retter" Berlins, wie General Wenck und andere, meines Wissens erstmalig wieder mit ihren "Heldentaten" aus der militärischen Mottenkiste geholt wurden und – wie Wenck – sogar als Generalinspekteur der Bundeswehr gehandelt wurden. Dazu gehört beispielsweise die "Tatsachenserie" in Springers "Welt am Sonntag" über die Armee Wenck, die zwischen dem 31. März und 19. Mai 1957 wochenlang und seitenlang vor den Lesern ausgebreitet wurde, einschließlich der Erinnerung an den ernst gemeinten Vorschlag des General Wenck an die USA-Truppen vom 3. Mai 1945, also nach dem Selbstmord Hitlers und der Installierung einer neuen Reichsregierung unter Dönitz, in dem es wörtlich hieß: "Ich entsende den General der Panzertruppen, Reichsfreiherrn von Edelsheim, als offiziellen Parlamentär meiner Armee, um mit dem gegenüber befindlichen Armee-Oberkommando in Verbindung zu treten. Ich werde mit meiner Armee den Kampf gegen den Bolschewismus bis zur letzten Patrone fortsetzen." Es folgen weitere Bedingungen und Vorschläge. Nachzulesen in der "Welt am Sonntag" vom 12. Mai 1957. Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an die bereits kurz davor stattgefundenen Verhandlungen zwischen dem SS-General Wolff und dem USA-Geheimdienstvertreter Allan Dulles vom OSS, dem Vorläufer der CIA, in der Schweiz mit einem ähnlichen Ziel. Noch am 4. Mai 1945 gab es ein ähnliches Angebot, wie Wenck es den Amerikanern unterbreitete, im norddeutschen Raum gegenüber dem britischen Feldmarschall Montgomery, das sogar im Wehrmachtsbericht vom 5. Mai erwähnt wurde. Und in Bayern war General Gehlen, Leiter der Spionageabteilung Fremde Heere Ost, mit Geheimpersonal und Geheimakten zu den Amerikanern übergelaufen, um dann nach 12 Jahren als Hilfsorgan der CIA vor genau fünfzig Jahren Präsident des Bundesnachrichtendienstes zu werden. Da fand lediglich ein Firmenschildwechsel von der privaten "Organisation Gehlen" in eine dem Kanzleramt direkt unterstellte Bundesbehörde statt. Hier sind Ursachen und Folgen zu suchen, dass sich nach der bedingungslosen Kapitulation am 7. und 8. Mai 1945, auf die sich die Antihitlerkoalition geeinigt hatte, die Auseinandersetzungen im Kalten Krieg auf deutschem Boden immer mehr zu einem Stellvertreterkrieg für die beiden Supermächte entwickelte.

Aber mit dem Erinnern an Wenck, Busse und andere Nazimilitärs, das scheinbar plötzlich im Jahre 1957 stattfand, wurde etwas anderes deutlich. Die Bundeswehr meldete der NATO Einsatzbereitschaft. Die ersten drei Divisionen wurden im Frühjahr 1957 dem NATO-Kommando unterstellt. Und da wurden dann plötzlich nicht die Generalstäbler wie Heusinger, Speidel und ähnliche, die ja längst wieder zu Diensten

waren, sondern Truppenoffiziere in den Focus der Öffentlichkeit gerückt. Wir haben ja Militär-sachverständige unter uns, die über diesen Unterschied vielleicht noch sprechen können.

Ich kehre also zunächst zum politischen Bereich des Jahres 1957 zurück, in dem ein neues Klima spürbar wurde. Das wird zunächst offenbar, als im Frühjahr 1957 bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und in deren Schatten der Europäischen Atombehörde (Euratom) die Bundesrepublik eine gleichberechtigte Gründerrolle hervorhebt. Der deutsche Vorherrschaftsanspruch wurde auch dadurch sichtbar, dass die Durchsetzung des deutschen Vorschlages gelang, den Bonner Staatssekretär Walter Hallstein zum ersten Präsidenten der EWG-Kommission zu berufen, nachdem sich die Behörde 1958 in Brüssel konstituiert hatte. Die Bundesrepublik begreift sich also immer mehr in der Rolle des amerikanischen Juniorpartners auf dem europäischen Kontinent.

Allerdings – und das erlangt vielleicht auch noch mal eine aktuelle Bedeutung – musste Hallstein das Amt 1967 wieder abgeben, weil er sich der Vision des französischen Staatspräsidenten de Gaulle vom "Europa der Vaterländer" zu widersetzen versucht hatte. Diese Europa-Vision des französischen Staatsoberhauptes rief besonders auch den amerikanischen Widerspruch hervor, weil die USA aus ihrer Sicht wahrscheinlich zu recht befürchteten, dass ein von solchen französischen Ideen beflügeltes Europa sich nicht so bedingungslos in die US-amerikanischen Weltherrschaftspläne einfügen lassen würden, wie das in diesen Fragen von der westdeutschen Seite zu erwarten war.

Und noch ein aktueller Einschub: Da sich der neue französische Staatspräsident Sarkozy einerseits als Anhänger der de Gaulleschen Europa-Politik, andererseits aber auch als "Atlantiker" outete, bleibt abzuwarten, ob er die von seinem großen Vorbild begonnene nationale französische Politik auch gegen die deutschen Interessen fortsetzen wird. Zumindest lässt seine etwas diffuse Haltung zu der transatlantischen Partnerschaft vermuten, dass sich auf diesem Gebiet noch einiges tun wird. Da kann man mit dem Aufbrechen von Widersprüchen rechnen, die im Imperialismus trotz gegenseitiger Treueschwüre nicht ausbleiben.

Ich kehre zum Jahr 1957 zurück. Nach seinem Wahlsieg äußert sich der westdeutsche Bundeskanzler – wie der Adenauer-Biograph Hans-Peter Schwarz festgehalten hat – in einer Rede vor dem CDU-Bundesvorstand mit Blick auf die Innenpolitik scheinbar zurückhaltend. Wörtlich liest man bei Schwarz: "Maßhalten. Keine deutsche Hybris. Respektable Bescheidenheit. Der Zusammenbruch liegt erst 12 Jahre zurück. Die Leute haben noch nichts vergessen." Das hört sich bescheiden und realistisch an. Allerdings dämpft Schwarz sogleich irriige Hoffnungen, die Bonner Politik könne sich tatsächlich in Richtung Bescheidenheit wandeln. Im Hinblick auf die Außenpolitik vermerkt der Biograph nämlich: "Eine Neubewertung des deutschen Standortes ist das nicht." Denn, so habe Adenauer festgestellt: "Wir sind noch kein fertiges Land. Ganz Europa ist noch nicht in Ordnung. Alles das kommt noch auf uns zu. Wir sind hier die führende Partei." Daraus zieht Schwarz den Schluss: "Neuordnung Europas und Deutschlands, das ist nun in der Tat die Aufgabe, der er (Adenauer) sich nach wie vor gegenüberstellt." (Hans-Peter Schwarz, Adenauer Der Staatsmann 1952 – 1967, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, S. 367.)

Das war also der Standpunkt der Bonner Regierung gegen Ende 1957, nachdem das Jahr mit einem gewissen, ziemlich nachhaltigen Paukenschlag begonnen hatte. Auf dem 30. Plenum des ZK der SED Ende Januar unterbreitete Walter Ulbricht den Vorschlag zur Bildung einer deutschen Konföderation als möglichen Weg zur Herbeiführung eines Näherkommens der beiden deutschen Staaten in einem längeren Prozess. Das schien zunächst der nochmalige Versuch zu sein, der Gefahr einer weiteren, wenn nicht endgültigen Spaltung Deutschlands langfristig zu begegnen. Durch die zunehmende Militarisierung und das weitere Vordringen der politischen Reaktion in der Alt-BRD war für alle Welt sichtbar eine relativ rasche



Überwindung des imperialistischen Herrschafts- und Alleinvertretungsanspruches und folglich eine schnelle Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten immer schwerer vorstellbar geworden. Es würde also – so die Überlegungen der DDR-Führung – ein längeres Nebeneinander der beiden deutschen Staaten geben. Dazu, so die Konsequenz, müsste das längere Nebeneinander der unterschiedlichen beiden deutschen Staaten nicht nur im Interesse ihres eigenen friedlichen Nebeneinanders, sondern auch im Interesse des europäischen Friedens notwendig sein. Das könnte durch die Herstellung konföderativer Strukturen und mit einem paritätisch zusammengesetzten Gesamtdeutschen Rat an der Spitze gewährleistet werden.

Natürlich wurde der Vorschlag, wie zu Zeiten des Kalten Krieges üblich, als kommunistische Propaganda abgetan. Das Hauptargument der Ablehnung war neben der "Alles-nur-Propaganda"-These, der Osten wolle die Wiederbewaffnung der BRD verhindern. Das war auch in der Tat einer der Gründe. Aber ich frage mich, war diese Absicht angesichts dessen, was wir in dem abgelaufenen Jahrhundert alles erlebt haben, so schlimm? Wäre uns, den Menschen in der Altbundesrepublik und in Europa nicht eine Menge erspart geblieben? Natürlich wäre es keine neue Erfolgsgeschichte für das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus gewesen. Aber auch hier wiederum die Frage: Wäre das wirklich so tragisch für die Völker Europas gewesen? Oder wäre hier nicht eine Chance gewesen, ein völlig neues Kapitel europäischer Geschichte zu schreiben, auch mit der Korrektur mancher Fehler in der sozialistischen Entwicklung einiger Länder unter anderen Bedingungen als denen des Kalten Krieges? Ist ja nur so eine Idee, der man ruhig einmal nachhängen darf und sollte, wenn es um neue Politikansätze geht. (ND-Serie: Was wäre, wenn ...)

Was mich persönlich an dieser Sache stört ist, dass auch die heutigen professionellen Geschichtsaufarbeiter nach wie vor an dieser "Alles-nur-Propaganda"-These festhalten, weil ihnen die Möglichkeit, aus der DDR könnte ein ernst gemeinter Vorschlag zur Lösung der deutschen Frage gekommen sein, partout nicht in die Delegitimierungskampagne passt. Da halten sie es alle mit dem Palmström bei Morgenstern, dass nicht sein kann, was nicht sein darf. Leider nehmen sich dabei auch einige linke Historiker nicht aus. Die Gründe hierfür will ich nicht untersuchen. Für das Zustandekommen solcher Eindrücke könnte ich hier allerdings eine Reihe von Beiträgen im "Neuen Deutschland" oder bei Konferenzen, die sich mit diesen Ereignissen in diesem Zeitraum befassen, anführen.

Dabei hatten die Propagandisten auf der anderen Seite zu jener Zeit in Unkenntnis einer Tatsache geschnattert, die etwas später dann von der DDR-Seite offen gelegt wurde. Es stellte sich nämlich heraus, dass bereits 1955 und 1956 der damalige Bundesfinanzminister Schäffer von der manchmal etwas anders denkenden CSU und einer der versteckten Kritiker Adenauers – allerdings mit dessen Kenntnis – auf scheinbar privaten Kanälen mit DDR-Politikern Kontakt aufgenommen und genau diese Lösung, wie sie Walter Ulbricht im Januar 1957 vorschlug, ins interne deutsch-deutsche Gespräch gebracht hatte. Es handelte sich um mehrere Privatbesuche des Bayern Schäffer – seinerzeit Finanzminister bei Adenauer – bei einem Schulkameraden, der nach seiner Gefangenschaft in der Sowjetunion und als Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland in der DDR politisch in einer der Blockparteien tätig war, nämlich um den zeitweiligen DDR-Vize-Verteidigungsminister Vincenz Müller. Kürzlich las ich im ND die Story darüber, in der diese Begegnung dann in den geheimen Widerstandsbereich von DDR-Politikern gegen das SED-Regime gerückt wurde. Die Einschätzung zeugt von ein wenig fehlender Sachkenntnis und ist allenfalls eine Erklärung dafür, weshalb es in der DDR soviel Widerstandskämpfer gegen die SED gab.

Aber solche Gespräche gab es damals ja eine ganze Menge. Übrigens quer durch viele in Ost und West existierende Parteien und Institutionen hinweg. Das lief ja damals auch, weil bestimmte Kreise in der Bundesrepublik, wie sich später auch in anderen Fragen zeigte, an einer gewissen Entspannung im deutsch-deutschen Verhältnis interessiert waren, oder wie sich auch einmal zeigen sollte, lukrative Geschäfte mit der DDR, wenn auch zum Teil mit erpresserischen Hintergedanken, machen wollten. Aber

das ist ein etwas anderes Thema und vielleicht auch mal einer gesonderten Behandlung wert, um einigen Rest-Rudimenten des Kalten Krieges und Kaffeesatzdeutern unter den Geschichtsaufarbeitern behilflich bei der Wahrheitsfindung zu sein.

Aber die Schäffer-Story kam ja erst ungefähr ein Jahr später ans Licht. Vorerst schien es, dass es für Bonn um einen der üblichen Vorschläge aus der DDR ging, die abzulehnen zum üblichen Repertoire des Kalten Krieges gehörten. Aber durch die übereifrige Ablehnung des DDR-Vorschlages kam es natürlich zu einer weiteren Verschärfung des Kalten Krieges auf deutschem Boden. Das war umso mehr der Fall, da man sich, sie schon erwähnt, im Vorwahlkampf befand, der mit einem Übermaß an militantem Antikommunismus befrachtet wurde.

Deutlicher Ausdruck der anmaßenden Politik gegenüber der DDR und darüber hinaus gegen andere sozialistische Staaten war übrigens auch die im Jahre 1957 vollzogene erstmalige Anwendung der Hallsteindoktrin gegenüber einem souveränen europäischen Land. Bonn brach die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien ab. In Bonner Augen hatte sich Staatschef Tito in zwei Fragen schuldig gemacht. Er hatte die DDR diplomatisch anerkannt und nach einem Besuch Gomulkas, des 1956 in Polen wiedergewählten Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, auch die Oder-Neiße-Grenze als historisch unveränderlich bezeichnet. Ich wage hier zu behaupten, dass diese beiden Sünden auch noch 1990 bei der Zerschlagung des jugoslawischen Staates eine Rolle spielten. Die deutschen Imperialisten sind ja sehr nachtragend, wenn es die Sünden anderer betrifft.

Bonn beschritt also seinen Weg, fertige Tatsachen gegen eine friedliche Wiedervereinigung zu schaffen, in diesem Jahr 1957 hastig weiter. Es griff weiterhin, ohne geschichtliche Erfahrungen zu berücksichtigen, nach der Vormacht in Europa nicht nur auf ökonomischem Gebiet, sondern vor allem auf militärischem. Ich hatte diesen Punkt schon einmal erwähnt. Aber es gab im Verlauf des Jahres noch mehrere Beispiele. Unter anderem drückt sich das im weiteren Vordringen Bonns an die Führungsspitze in Westeuropa aus.

Die NATO entwickelt sich immer mehr zu einem politischen Instrument des globalen amerikanischen Alleinherrschaftstrebens. Dadurch erlangte die Berufung des ehemaligen Nazigenerals Speidel Anfang des Jahres 1957 zum Oberbefehlshaber des NATO-Bereiches in Europa-Mitte mehr als symbolhafte Bedeutung. Und es weckte weitere Begehrlichkeiten der Bonner Politik.

Franz-Josef Strauss, der Ende 1956 Theodor Blank als Verteidigungsminister abgelöst hatte, erhob nicht an irgendeinem Biertisch, was ja zuweilen auch vorkam, sondern offen im Parlament und im Namen der Regierung die Forderung nach Atomwaffen für die Bundeswehr. Adenauer täuschte nach dieser Parlamentsdebatte, die auch internationalen Widerspruch ausgelöst hatte, auf einer Pressekonferenz zur Verteidigung der Straussforderungen Sachkunde vor und versuchte, die aufgebrachte Öffentlichkeit mit der Bemerkung zu beruhigen, dass Atomwaffen lediglich eine Weiterentwicklung der herkömmlichen Artillerie wären. Wörtlich gab er bei dieser Pressekonferenz in Bonn am 4. April 1957 folgende Verniedlichung von Atomwaffen scheinbar sehr fachkundig und fast mit rheinischer Fröhlichkeit zum Besten. Ich zitiere den O-Ton Adenauers: "Nun komme ich auf die atomaren Waffen: Hier ist nicht beachtet der Unterschied zwischen den taktischen und den großen atomaren Waffen. Die taktischen Atomwaffen sind im Grunde nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie, und es ist ganz selbstverständlich, dass bei einer so starken Fortentwicklung der Waffentechnik, wie wir sie leider jetzt haben, wir nicht darauf verzichten können, dass auch unsere Truppen - das sind ja beinahe normale Waffen - die neuesten Typen haben und die neueste Entwicklung mitmachen. ... Wie sehr diese ganze Entwicklung im Fluss ist, das ersehen Sie am besten daraus, dass Großbritannien schon vor Wochen erklärt hat, dass es eine nukleare Macht werden solle, sodass wir dann nicht nur als nukleare Mächte haben die Vereinigten Staaten und Sowjetrusland, sondern auch Großbritannien. Diese ganze Entwicklung ist also in vollem Fluss und wir

Deutsche können diese Entwicklung nicht stoppen. Wir müssen uns dieser Entwicklung anpassen. Wir können nur eins tun, überall dafür zu sorgen, dass eine Entspannung irgendwie und irgendwann einmal eintritt.

Aber davon bin ich felsenfest überzeugt, dass eine Entblößung von Waffen, ein Nichtmitmachen in der Entwicklung in der modernen Waffentechnik keine Entspannung bedeutet, wenn sie von irgendeinem Land allein vorgenommen wird, und sicher nicht, wenn sie von der Bundesrepublik allein vorgenommen wird. Ich glaube, ich habe damit wohl diese Fragen insgesamt beantwortet." (Zitiert nach: Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe, Band 3, Erster Drittelband, S. 567 - 579)

Dazu passt übrigens auch die Ablehnung eines Antrages auf Verfassungsänderung vom 22. 10. 1957 durch 45 CDU-Abgeordnete, wodurch die Zweidrittelmehrheit, die für eine solche Verfassungsänderung notwendig gewesen wäre, verloren ging. Der Streit hatte sich an einem scheinbar nebensächlichen Artikel des Grundgesetzes, nämlich des Artikels 74a über die konkurrierende Gesetzgebung zwischen Bund und Ländern entzündet. Nach dem Änderungsantrag sollte sich die konkurrierende Gesetzgebung auf die "Erzeugung und Anwendung von Atomenergie *nur* für friedliche Zwecke" erstrecken. Das Nur wurde auf Antrag schließlich gestrichen. Den Wert dieser scheinbaren Kleinigkeit hatte die Springerzeitung "Die Welt" damals sofort erkannt. Ihr Kommentar zu dem Vorfall: "Die CDU will nicht auf Möglichkeit einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr in einem Augenblick verzichten, indem dies nach ihrer Ansicht als Vorleistung für die Abrüstungsgespräche betrachtet werden müsste." (DIE WELT v. 3. 7. 1957.) Bonn fühlte sich also nicht nur berechtigt, nach Atomwaffen zu streben, sondern auch über deren Abschaffung zu verhandeln. Das war zwar Größenwahn, aber auch schon ein gewisses Kalkül auf einen Weltrang.

Die ernste Situation, die sich in - aus heutiger Sicht - vielleicht solchen Kleinigkeiten widerspiegelte, wurde nicht nur von den sozialistischen Staaten, sondern in der Bundesrepublik selbst von Gewerkschaften und Intellektuellen als neue Gefahr erkannt. Nach den in den USA gegen neue Atomwaffen auftretenden 2000 Wissenschaftlern mit Linus Pauling an der Spitze und der Pugwash-Bewegung unter Federführung von Bertrand Russell riefen dann auch 18 westdeutsche Wissenschaftler in Göttingen zum Widerstand auf, was schließlich zu einer breiten Antiatomkriegsbewegung in der Bundesrepublik führte, in der sich besonders die Gewerkschaften mit zahlreichen Aktivitäten auszeichneten.

Der Appell der Göttinger 18, zu denen u. a. Max Born, Otto Hahn, Werner Heisenberg, Max von der Laue und Karl-Friedrich von Weizsäcker zählten, hatte dann auch zur Folge, dass sich nach Massenkundgebungen der Gewerkschaften gegen die Atomkriegsvorbereitungen die SPD an die Spitze einer neuen Antiatomkriegsbewegung zu stellen versuchten. Ein Versuch, der nach einiger Zeit wieder in der Versenkung verschwand.

Zuvor aber gab es einen handfesten politischen Skandal, den die heutige Geschichtsforschung gern außen vor lässt, weil man damit die politischen Verfolgungen in der Bundesrepublik anprangern müsste, was im Prinzip nur immer bei der DDR zur Anwendung kommt. Am 20. März 1957 wurde am Grenzübergang Helmstedt ein Mercedes mit dem amtlichen Kennzeichen HA-H-297 aus Berlin kommend von westdeutschen Grenzschützern zur Seite gewunken, sein Fahrer Gustav Wieland wurde durchsucht. Man fand genau 21 920 D-Mark bei ihm. Dem Fahrer wurde vorgeworfen, dass dieses Geld für die verbotene KPD bestimmt sei und aus Ostdeutschland stamme. Die Information stammte von einem verdeckten Ermittler - bei anderen IM genannt. Der hatte nur - aus welchen Gründen und auf wessen Geheiß auch immer - übersehen, dass es sich in Wirklichkeit um Geld handelte, das beim Institut für Wissenschaftliche Wirtschafts- und Sozialforschung in Köln abgeliefert werden sollte, und Abonnementsgebühren für die wissenschaftliche Periodika WISO, die von diesem Institut herausgegeben wurde, aus Berlin, der DDR und einer Reihe sozialistischer Länder als wissenschaftliche Literatur bezogen und in einem Berliner Büro bezahlt worden waren. Warum man sich zu dieser Zeit dieses umständlichen Weges

bei Geldüberweisungen bedienen musste, kann nur der beantworten, der die Hürden des Devisenverkehrs im sogenannten Innerdeutschen Handel über das Dienstleistungs-Unterkonto 300 einmal selbst überwinden musste. Bis zu einer einvernehmlichen Regelung Ende der fünfziger Jahre musste nämlich für Geldtransfer dieser Art der Weg der schwarzen Taschen gewählt werden, weil sich die Unterhändler beim Abschluss der jährlichen Verträge zum Interzonenhandelsabkommen nicht über entsprechende Modalitäten im Geldverkehr einigen konnten.

Aber es ging ja gar nicht um den lächerlichen Betrag von knapp 22 000 D-Mark, von dem sich die Bundesrepublik in ihrer Existenz bedroht hätte fühlen können. Es ging um den Leiter des inkriminierten Kölner Instituts, den bekannten Wirtschaftswissenschaftler und SPD-Mitglied Viktor Agartz. Der Mann war einmal im Trizonen-Wirtschaftsrat in Frankfurt/Main als Direktor der Vorgänger von Ludwig Erhard, dann als Wirtschaftstheoretiker beim Parteivorstand der SPD tätig und schließlich vom ehemaligen DGB-Vorsitzenden Böckler mit der Leitung des Kölner Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften betraut. Agartz verband zwar nicht nur seit den zwanziger Jahren nach dem Ersten Weltkrieg eine herzliche Feindschaft gegenüber den separatistischen Bestrebungen, nach dem Vorbild des Rheinbundes, mit dem damaligen Kölner Oberbürgermeister Adenauer, sondern er hatte einen weiten politischen Bekanntenkreis, der mit seinem Bemühen zusammenhing, die deutsche kapitalistische Wirtschaft nach den Erfahrungen im Faschismus zu demokratisieren. Agartz versuchte, die Bankiers Abs und Pferdenges zu beraten, kannte sie also genauestens. Er beriet eine zeitlang auch Kurt Schumacher in Wirtschaftsfragen, war mit dem Jesuitenpater Nell-Breuning ebenso bekannt wie mit den Kommunisten Heinz Renner und Hugo Paul. Agartz kam bei seinen Wirtschaftsforschungsarbeiten hinter einige Geheimnisse von Abkommen, die der damalige DGB-Vorsitzende Walter Freitag mit Konrad Adenauer auf Bühlerhöhe über das Stillhalten der Gewerkschaften in sozialen Fragen traf, um den Anschein des Wirtschaftswunders zu erhalten, als auch den Verzicht auf Streiks aus politischen Gründen.

Dieses Wissen veröffentlichte Agartz in westdeutschen Medien und entwarf auf dem 3. DGB-Kongress ein Kampfprogramm für die Gewerkschaften, das den Zorn der Unternehmerverbände auslöste. Das machte ihn zum Staatsfeind, den die Adenauerregierung gerade jetzt im Vorwahlkampf als Agenten Moskaus verhaften und vor Gericht stellen ließ. Die Voruntersuchung und der Prozess, bei dem der Generalbundesanwalt ein Jahr Gefängnis beantragte, zogen sich von Mai bis Dezember 1957 hin. Die CDU hatte also für ein Wahlkampfthema gegen die kommunistische Gefahr, die die freiheitliche Bundesrepublik bedrohte, gesorgt. Auch die Gewerkschaften waren im Hinblick auf ihre Antiatom- wie überhaupt ihre antimilitaristischen Aktionen gewarnt.

Damit komme ich nochmals auf den Versuch, die Bundesrepublik atomar aufzurüsten, zurück. Was in der Öffentlichkeit nämlich damals noch nicht hinlänglich bekannt war, und was Adenauer als er mit seinen Fingern auf das nach Atomwaffen greifende Großbritannien zeigte, war die Tatsache, dass auch Frankreich nach Atomwaffen strebte, um sich von den USA unabhängig zu machen und dass bei der Entwicklung der "Force de Frappe" die deutschen Rüstungskonzerne beteiligt waren, was die westdeutschen Forderungen nach eigenen Atomwaffen fast logisch erscheinen lässt. Da wagte Adenauer sogar einen offenen und verbalen Konflikt mit dem damaligen USA-Präsidenten Eisenhower, der in dieser Zeit mit dem Gedanken spielt, dem gerade in der UNO von dem polnischen Außenminister vorgelegten und schnell populär gewordenen Rapacki-Plan für eine atomwaffenfreie oder zumindest verdünnte Zone in Mitteleuropa zuzustimmen. Wie überhaupt Eisenhower gegen Ende seiner Regierungszeit in Europa einige realistische Züge hinsichtlich des allzu raschen Wachstums der deutschen militärischen Ambitionen erkennen ließ. Wahrscheinlich hing das damals mit seinen noch ziemlich frischen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg zusammen.

Wir beobachteten also in diesem Jahr 1957 ein Drängeln der BRD zur politischen, wirtschaftlichen und militärischen Vormacht in Westeuropa. Das hatte natürlich Auswirkungen auf die innenpolitischen

Verhältnisse, vor allem auch, weil gleichzeitig zum ersten Mal seit Ausbruch des sogenannten Wirtschaftswunders erste Krisenanzeichen auftraten, besonders bei Kohle und Stahl. Auch hier wurden die Gewerkschaften aktiv. So entstand plötzlich inmitten des Wahlkampfes das Bild einer Bundesrepublik mit ernststen Schwierigkeiten, die der damalige Wirtschaftsminister und Vater des Wirtschaftswunders, Ludwig Erhard, als "Veitstanz auf dem Vulkan" und der Bemerkung "Wir sind ins Schlittern geraten" kommentierte. Ins Schlittern geraten war die Bundesrepublik aber vor allem, weil sich die Erfindung der sozialen Marktwirtschaft auch als schwieriges Unternehmen in einem hochkapitalistischen Land erwies. Nun begannen die Gewerkschaften auch noch weitergehende soziale Forderungen zu stellen. Zwei Dinge waren es vor allem, die die Regierung Adenauer damals zum Nachgeben bei den Forderungen der Gewerkschaften veranlasste: Einmal der bevorstehende Wahlkampf, wo man ein bisschen Wahlspeck verteilen musste als Kampfmittel gegen die SPD und zweitens vor allem die benachbarte DDR, für die man das Schaufenster des kapitalistischen Westens dekorieren wollte. Im Jahr 1957 gab es deshalb einige bemerkenswerte soziale Zugeständnisse. Zunächst wurde eine Rentenreform verabschiedet, die eine Art Produktivitätsrente darstellte und den Rentnern damals tatsächlich eine Reihe von finanziellen Vorteilen brachte. Die Rente wurde nämlich fortan nicht nur an den gezahlten Beiträgen gemessen, sondern auch am Durchschnittseinkommen der abhängig Beschäftigten, das damals immer noch von Jahr zu Jahr stieg. Also stiegen auch nominell die Renten. Das war zweifellos ein gewisser sozialer Fortschritt. Aber er erfolgte eben in der Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus. Wer das für Propaganda hält, der braucht nur die Ergebnisse der gegenwärtigen Rentenreform zu betrachten, wo es eben ein reales Absinken der gesetzlichen Renteneinkommen gibt. Und für die Zukunft ist noch Schlimmeres geplant. Da es aber keinen sozialistischen Staat nebenan mehr gibt, gibt es aktuell auch keinen Ausweg. Deshalb können die Regierenden auch behaupten, dass es zu ihren Streichreformen keine Alternative mehr gäbe.

1957 gab es auch eine Reihe von den Gewerkschaften und der symbolisch mit am Tisch der Tarifpartner sitzenden DDR erzwungene Lohnerhöhungen unter anderem in der Bauindustrie, die beachtlich waren und heute gerade im Baugewerbe undenkbar geworden sind. Da gab es in Schleswig-Holstein einen monatelang währenden Streik in der Metallindustrie, um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall damals noch solidarisch für alle zu erzwingen. Da wurden zwar nicht alle Forderungen erfüllt, aber doch solche, die mindestens in einigen Punkten nahe an die Regelungen in der DDR heran kamen. Dass dies heute alles wieder rigoros abgebaut wird, beginnend in den neuen Bundesländern, aber Schritt um Schritt auch in den alten, zeigt, welche Rolle damals die DDR in der Systemauseinandersetzung auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit gespielt hat.

Das hat nichts mit DDR-Nostalgie zu tun, sondern ist eine schlichte historische Tatsache. Sie erklärt vielleicht auch den Wunsch der Bundeskanzlerin, jetzt einen Schlussstrich unter diese Angelegenheiten zu ziehen. Das alles erklärt den Hass, mit dem damals – übrigens ja fortwirkend bis auf den heutigen Tag – die DDR bedacht wurde. Das erklärt auch den Wunsch nach Delegitimierung aus den Kreisen, die durch ihre Existenz Verluste erlitten haben. Das erklärt schließlich auch den schon damals geführten Feldzug gegen die DDR, sie mit allen Mitteln zu schwächen, was ja auf Grund der ökonomischen Überlegenheit auch gelang.

Es gab also zwischen beiden deutschen Staaten ein unterschiedliches Sicherheitsdenken mit gegenseitigen Auswirkungen. In der alten Bundesrepublik war Sicherheit zumeist lediglich ein militärischer Begriff. Bei der sozialen Sicherheit hatte jeder die Freiheit, für sich selbst zu sorgen. Natürlich hatte in der Situation des Kalten Krieges diese Lage in der Bundesrepublik seine Auswirkungen auf die DDR und zwang zu entsprechenden Gegenmaßnahmen. Das wurde dann zum Wettrüsten. In der DDR war eines der Grundanliegen sozialistischer Politik, die Schaffung einer weitgehenden sozialen Sicherheit. Das wiederum hatte auch Auswirkungen auf die Bundesrepublik vor allem ihrer Bürger. Daran sollte man sich heute bei einer gesamtdeutschen Geschichtsschreibung erinnern, nicht nur wenn man das eine oder

andere Regime beurteilen, sondern wenn man daraus Lehren für die Zukunft und einen Systemwechsel ziehen will.

Aber damals kam es der Bonner Regierung und ihren Propagandainstrumenten nicht auf die Ursachen dieses unterschiedlichen Sicherheitsdenkens an. Man suchte Schuldige für den Umstand, dass es Störenfriede für diese promilitaristische und demzufolge antisoziale Politik gab. So wurden neue Gefahren an die Wand gemalen. Ich erwähnte schon den Fall Agartz. "Wer SPD wählt, wählt den Untergang Deutschlands", tönte Adenauer Land auf, Land ab. Übrigens gab es in der Anti-SPD-Kampagne auch Töne, die heute – besonders bei der Aufarbeitung angeblichen Antisemitismus in der DDR – keiner mehr hören will. Aber in Aachen – da weiß ich es konkret – aber sicherlich auch anderswo, traten CDU-Wahlkampfredner mit solchen Sätzen auf wie "Ollenhauer darf niemals deutscher Kanzler werden, weil er Jude ist". Niemand sollte sagen, dass dies vielleicht nur ein Ausrutscher war. Ich erinnere nur daran, dass zu dieser Zeit Hans Globke Staatssekretär im Bundeskanzleramt war.

Die besondere Aufmerksamkeit wurde jedoch einem neuen antikommunistischen Feldzug gegen den zweiten deutschen Staat zuteil, der mit seinem Vorschlag über die Bildung einer deutschen Konföderation noch dazu auch für internationale Aufmerksamkeit gesorgt hatte. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass zu dieser Zeit immer stärker der Wille der Bonner Regierung zum Ausdruck kam, die sogenannte deutsche Frage nur aus der Position der Stärke lösen zu wollen. Dazu gehörte natürlich als Pendant, dass die DDR geschwächt werden musste. Die Bemühungen der DDR-Regierung, das Land störfrei und damit wirtschaftlich unabhängiger zu machen und somit zu stärken, standen nicht im Gegensatz zu den Konföderationsplänen. Es war gewissermaßen auch eine Voraussetzung für deren Verwirklichung. Da gab es im Oktober den Versuch der DDR-Regierung, den Währungsspekulationen, die der DDR-Wirtschaft jahrelang beträchtlichen Schaden zufügten, einen Strich durch die hohen Spekulationsgewinnrechnungen zu machen. Am Sonntagmorgen des 13. Oktober wurde kurzfristig und zur Überraschung aller ein Währungsumtausch bekannt gegeben. Banknoten und auch Münzen wurden ungültig, in einer festgesetzten Höhe aber im Verhältnis 1:1 für DDR-Bürger umgetauscht. Mit einer solchen Aktion hatte niemand gerechnet. Die Wechselstubenbesitzer und ihre Hintermänner sahen ziemlich alt aus. Es war ein Befreiungsschlag, aber leider auch nicht viel mehr. Der Kalte Krieg auf deutschem Boden ging auch auf wirtschaftlichem Gebiet weiter.

Nicht zufällig entstanden zu dieser Zeit in der DDR – nicht von allen begrüßt und teilweise umstritten – auch erste wirtschaftliche Reformvorstellungen, die ein paar Jahre später, als mit den Grenzsicherungsmaßnahmen 1961 gewisse Voraussetzungen gegeben schienen, im Neuen Ökonomischen System Anwendung fanden, aber dann Ende der 60er Jahre aus den bekannten Gründen gescheitert sind. Den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution wurde Rechnung zu tragen versucht durch die Bildung eines Forschungsrates, bestehend aus führenden Wissenschaftlern als ein echtes Beratungsorgan für die Politik.

Aber der Wirtschaftskrieg gegen die DDR hatte auch eine menschliche Seite, die arg strapaziert im Grunde genommen einer unmenschlichen Politik der berufsmäßigen Menschenrechtler im Westen diente. Es war die organisierte Republikflucht. Darüber herrscht auch bei einer Reihe von Linken, die diese Zeit nicht bewusst erlebt haben und die Propagandaschlacht nur hinter der einen Seite vermuten, beträchtliche Unklarheit. Ich will dazu am Schluss kurz noch etwas sagen, weil wir nicht nur bis heute an dieser Last zu leiden haben, sondern weil es eine bemerkenswerte Wiederholung der Situation zu geben scheint.

Nach offiziellen und von niemandem angezweifelte Statistiken verließen zwischen 1951 und 1961 rund 2,1 Millionen Menschen das Gebiet der DDR in Richtung Bundesrepublik. Das war – von manchem menschlichen Schicksal, das sich daraus entwickelte, einmal abgesehen – vor allem auch ein wirtschaftlicher Verlust für die DDR und ein größerer Gewinn für die Bundesrepublik. Auch oder vor allem

in materieller Hinsicht. Man sparte in dem Maße, wie die DDR geschädigt wurde, vor allem beim Bildungs- und Ausbildungswesen Milliardensummen ein. Wie heute ganz offen eingestanden wird, waren die großen Aktionen wohlorganisiert. Bei Herrn Knabe im Hohenschönhausener Stasi-Disney-Land werden die erwischten und verurteilten Menschenhändler heute noch als Vorzeigehelden für Touristen, Schüler und Soldaten lebendig erhalten, was natürlich auch bedeutet, dass der Kalte Krieg lebendig erhalten werden soll, was für mich immer noch, trotz anders lautender Gerichtsurteile, den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt. Letzter Fall, der auch durch Springers Gratis-Zeitungen geschleift wurde, war Anfang Juli eine Sonderführung für eine Reihe von Bossen vom Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, wobei einer der Herren auf den in alten deutschen Konzernohren wohlklingenden Namen Matthias Stinnes hörte. Erzählt wurde das Schicksal, das freilich nur Geringes mit Hohenschönhausen zu tun hatte, eines sogenannten Fluchthelfers namens Hartmut Richter, der in den siebziger Jahren 33 Menschen für beachtliche Geldsummen, von denen hier freilich nicht die Rede war, nach dem Westen verbrachte. Noch vor Ablauf der Strafe, zu der dieser Herr Richter verurteilt worden war, wurde er im Oktober 1980 von der Bundesrepublik freigekauft. Man muss einfach immer wieder mal daran erinnern, was damals in Deutschland alles los war, was jeden Krimi-Autor anregen könnte, aber vor allem die Frage nach der heutigen Geschichtsschreibung und der staatlich finanzierten Tätigkeit solcher Leute wie Hubertus Knabe aufwirft. Damals fielen diese Delikte unter Menschenrechte, Flucht vor SED-Terror und Heldentum. Heute fallen sie, obwohl man in gewissen Kreisen – vielleicht auch bei jenen Mittelständlern um Herrn Stinnes – an Billig- und Schwarzarbeiterinnen und -arbeitern interessiert ist, unter den Strafrechtstatbestand des Menschenhandels.

Angaben über Republikflucht und die wirtschaftlichen Folgen für die DDR kann man übrigens genau nachlesen in dem Buch, das der ehemalige stellvertretende Vorsitzende einer, wie wir wissen, für den internen Gebrauch äußerst kritischen Behörde namens Staatliche Plankommission der DDR, Siegfried Wenzel, unter dem Titel "Was kostet die Wiedervereinigung?" im Jahre 2003 geschrieben hat. Unter anderem kann man dort nachlesen, dass für das Jahr 1957 273 716 Menschen gezählt wurden, die die DDR verließen. Die zweithöchste Zahl in der genannten Dekade zwischen 1951 und 1961. Zahlen, die übrigens wie zufällig immer in Bundestagswahljahren anstiegen.

Aber wie sieht es eigentlich mit der neuen Ost-West-Fluchtwelle aus? Wie werden Ursachen und Auswirkungen der Tatsache untersucht, dass seit 1990 über zwei Millionen vor allem junger und gutausgebildeter Menschen die neuen Bundesländer in Richtung Westen und Ausland verließen? Da gibt es nicht das Argument des SED-Terrors, dem die Flüchtlinge entkommen wollen. Dennoch wird teilweise argumentiert, als herrsche noch der Kalte Krieg. Hier liegen nicht nur Forschungsfelder für die Historiker, sondern auch für Alternativen zum herrschenden System. Ist es vielleicht das, was Herr Bullerjahn, den ich eingangs zitierte, meint, wenn er sagt, es gibt nicht mehr "den Osten"?

Zusammenfassend möchte ich sagen: Die Ereignisse des Jahres 1957 knüpfen an die Entwicklung seit Beginn der fünfziger Jahre an und bereiteten das vor, was sich auf deutschem Boden dann bis zum 13. August 1961 abspielte. Der Kalte Krieg in Deutschland verschärfte sich bis zum Höhepunkt der Krise zwischen 1958 und 1961, wo Westberlin zum Brennpunkt dieser Krise wurde. Die kurze Zeit, in der zu Beginn der sechziger Jahre Nachdenken auf beiden Seiten einsetzte, gewisse Hoffnungen aufkeimten, brachte leider keine entscheidende Wende. Die Ursachen zu untersuchen wäre ein gesamtdeutsches Problem. Aber wir werden wohl oder übel auf ein objektives Ergebnis noch warten müssen.

Gerd Deumlich

**Westdeutsche Demokraten gegen Spaltungspolitik, Remilitarisierung und Repression**

Am Montag, dem 17. September 2007 teilte die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" in einer unscheinbaren Meldung mit, der französische Staatspräsident Sarkozy habe beim jüngsten Treffen mit der Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier angeregt, Deutschland solle "sich politisch an den französischen Atomwaffen beteiligen". Merkel und Steinmeier hätten diesen Vorschlag zurückgewiesen und der Außenminister habe erklärt, "dass Deutschland den Besitz von Atomwaffen nicht anstrebe, daran habe sich nichts geändert".

In Anbetracht der beanspruchten Stellung Deutschlands als führende Europäische Zentralmacht fragt man sich: woher diese Bescheidenheit? Denn es hatte ja schon einmal ganz anderes gegolten. Unter Kanzler Adenauer und seinem Militärminister Franz Josef Strauß wurde vehement die Ausrüstung der Bundeswehr mit eigenen Atomwaffen angestrebt. Im März 1958 gedieh dies sogar bis zu einem Beschluss des Bundestages. Strauß wollte Nuklearsprengköpfe von den Franzosen erwerben und bot als Gegenleistung ein Rezept für ein Nervengas der IG-Farben an. Und heute also diese Enthaltensamkeit gegenüber einem verlockenden Angebot des französischen Präsidenten?

In Wahrheit versucht Steinmeier die Öffentlichkeit zu täuschen. Er unterschlägt nicht nur die atomaren Ambitionen von Adenauer und Strauß. Er vermeidet die höchst gegenwärtige Begründung dafür, weshalb man gut und gerne auf ein atomares Techtelmechtel mit Frankreich verzichten kann – weil es längst in trauter Eintracht mit den USA eine – offiziell so benannte – "atomare Teilhabe" gibt: Im linksrheinischen Büchel liegt das Depot der noch auf deutschem Boden lagernden US-amerikanischen Atomwaffen – und eine dort stationierte Staffel von Tornado-Bombern der Bundesluftwaffe wird intensiv darin trainiert, mit diesen US-Waffen Kampfeinsätze zu fliegen!

Der Polizeiminister Schäuble will die Bevölkerung in panische Angst vor "nuklearen Terroranschlägen" versetzen – doch von der realen Vorbereitung auf den Atomkrieg mit deutscher "Teilhabe" erföhre die Öffentlichkeit nichts, gäbe es nicht die mutigen Menschen aus der Friedensbewegung, die mit ihren Protestaktionen am Bücheler Kernwaffenlager, wie erst jüngst wieder, das gefährliche Treiben dort skandalisieren. Sie sind gewissermaßen die Aktivisten für die Forderung nach Entfernung der US-Atomwaffen von deutschem Boden. Sie stehen in der Tradition der großen, breiten Antiatombewegung der 50er, 60er und 70er Jahre.

Über den Kampf gegen die Spaltungs- und Remilitarisierungspolitik in Westdeutschland in diesen Jahrzehnten soll gesprochen werden. Ich habe dazu einen Einstieg aus ganz aktueller Sicht gewählt, weil ich meine, dass eine Betrachtung von Geschehnissen und Erfahrungen in jener Periode nicht dort abbrechen kann, wo die beiden deutschen Staaten aufhörten, neben- und gegeneinander zu bestehen – worüber Harri Czepuck gesprochen hat.

Der Sieg der Konterrevolution 1989/90 war eine tiefgehende weltpolitische Zäsur – hierzulande greifbar an den Folgen der Einverleibung der DDR in den Machtbereich des deutschen Imperialismus. Aber sie ist auch von Kontinuität gekennzeichnet: Womit das alte Scheusal heute aufwartet, ist die gesteigerte Fortsetzung der Politik, womit wir in Westdeutschland uns unter den konkreten Bedingungen des Vormarsches der Reaktion auseinandersetzen mussten: eben Spaltung Deutschlands, Remilitarisierung, Restauration der alten Macht- und Besitzverhältnisse.

Das war über Jahrzehnte hin ein politischer Kampf an konkreten Stationen der Entwicklung Westdeutschlands zum "Bollwerk gegen den Kommunismus", zur Basis für die spätere "Neuordnung Europas", wie das in den Interessen und der entsprechenden Strategie der kapitalistischen Westmächte, vor allem des USA-Imperialismus, und der am Leben erhaltenen reaktionären Kräfte Deutschlands angelegt war.

Diese Stationen waren die Schritte zur Bildung des westdeutschen Separatstaates, die Aufstellung der Bundeswehr, der NATO-Beitritt, die Einführung einer "Notstands"-Verfassung, das Streben nach einer



eigenen Atomstreitmacht, die Kontroversen um den außenpolitischen Kurs ("Alleinvertretungsanspruch" und "Neue Ostpolitik") bis zur großen Auseinandersetzung um die so genannte Nachrüstung: die Stationierung US-amerikanischer atomarer Erstschlagwaffen, mit denen die Führung der USA unter Ronald Reagan die Fähigkeit erlangen wollte, von westdeutschem Boden aus die Sowjetunion strategisch zu "enthaupten".

Dies war eine geschichtliche Entwicklung, in der imperialistische Ambitionen dominierten, vor allem ermöglicht durch die Kombination von "atlantischer Partnerschaft" mit den eigenen revanchistischen Zielen des wiedererstarkten deutschen Imperialismus. Aber zugleich war diese Periode gekennzeichnet von großen demokratischen Protest- und Widerstandsbewegungen. Beides macht die Geschichte der BRD in diesen Jahrzehnten aus. Sie kann hier nicht minutiös nachgezeichnet werden.

Es geht mir zunächst auch um ein Problem, das über die Zäsur von 1989/90 hinaus bis in unsere Gegenwart hineinreicht: Unbestreitbar haben sich die reaktionären Kräfte mit ihren Projekten gegen die Widerstände durchgesetzt, wenn auch unter Mühen und mit Abstrichen; zum Beispiel wurde die Verabschiedung der Notstandsgesetze um sieben Jahre verzögert. Unbestreitbar führte die im Wesen aggressive Politik des Imperialismus mehrfach nahe an die Gefährdung des Friedens heran. Dennoch kam es nicht zum Krieg. Der Krieg kehrte nach Europa zurück und Deutschland wurde wieder Kriegsmacht, nachdem die Alternative Sozialismus entfallen und die von Adenauer vor Jahrzehnten beschworene "Neuordnung Europas" vollzogen war, auf dem Balkan noch kriegerisch vollendet wurde.

Es ist bittere Ironie der Geschichte: die im Grundgesetz fixierte Bundeswehraufgabe der "Verteidigung" brauchte nie in Kraft treten, weil der "drohende Angriff des kommunistischen Ostens" eine einzige, wenn auch zählebige Lüge war – und die "Verteidigung" konnte mit leichter Hand beiseite gewischt und durch eigene Angriffshandlungen ersetzt werden, nachdem sich die lange behauptete "östliche Bedrohung" in ein Nichts aufgelöst hatte. Deutschland ist wieder Kriegsmacht: Eine Mehrheit des Bundestages soll den weiteren Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan beschließen – gegen den unbestrittenen Willen der Bevölkerungsmehrheit.

Da erinnert man sich: Am 22. November 1983 hatte eine Mehrheit des Bundestages gegen den unbestreitbaren Willen der Bevölkerung der Stationierung der US-amerikanischen Erstschlagwaffen, der Pershing II und Cruise Missiles, zugestimmt. Am Vortag hatten eineinhalb Millionen Menschen in Westdeutschland dagegen demonstriert – Aktion einer Massenbewegung, die sich inspiriert vom "Krefelder Appell" entwickelt hatte. Später, 1994, gestand Wolfgang Schäuble ein, dass die sogenannte Nachrüstung "um Haaresbreite an den Deutschen gescheitert" wäre: "Nicht nur die SPD und die Friedensbewegung machten uns damals das Leben schwer. Als wir die Regierung übernahmen, waren seriösen Umfragen zufolge fast zwei Drittel der Bevölkerung gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland. ... Die Hochrüstung der Sowjetunion wurde nicht mehr als die eigentliche Bedrohung empfunden – Amerika und die NATO galten plötzlich als Kriegstreibern. ... Mit viel Kraftanstrengungen konnten wir die Nachrüstung schließlich doch noch durchsetzen."

Ein bezeichnendes Eingeständnis, wie diktatorisch, totalitär die Kriegspartei stets bei der Durchsetzung ihrer Pläne mit der Mehrheitsmeinung im Volk umgeht und die Erfahrung, wie eng der Kampf um die Sicherung des Friedens mit der Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten zusammenhängt. Wenn dennoch die Kriegstreiber bis 1989/90 nicht direkt zum Zuge kamen, fiel dafür gewiss das Wirken der Friedensbewegung mit ins Gewicht. Doch diese Bewegung in ihren verschiedenen Etappen entfaltete sich ja nicht isoliert, unbeeinflusst von der Systemauseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus. Viele Menschen, und nicht nur Kommunisten, sahen in der Existenz, dem gesellschaftlichen Friedensinteresse und der aktiven Friedenspolitik der sozialistischen Staaten einen positiven Rückhalt für ihr vom eigenen Interesse bestimmtes Eintreten für Frieden und Abrüstung. Das korrespondierte mit der

Erfahrung, dass die Existenz eines realen Sozialismus das Kapital auch auf sozialem Gebiet zu Zugeständnissen zwang.

Friedenspolitik war für viele überhaupt ein entscheidender Zugang zum Verständnis des Wesens sozialistischer Gesellschaften. Aber der Meinungsbildung und dem Entschluss zum aktiven Engagement von Millionen in der Frage von Krieg und Frieden standen Unkenntnis und antikommunistische Vorbehalte entgegen. Dem stellten wir Kommunisten uns mit dem Bemühen um rationale Aufklärung über Sozialismus. Dabei waren wir auch dadurch gefordert, dass es nicht nur um aktuelle Friedensforderungen ging, sondern mit der Dauer und Härte der Auseinandersetzung zunehmend die Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen von Rüstungs- und Kriegspolitik eine Rolle spielte.

Doch in der für die Entwicklung der Friedensbewegung notwendigen Bündnispolitik konnte ja nicht eine sozialistische Einstellung zur Bedingung für die Zusammenarbeit verschiedener Kräfte gemacht werden. Wir traten deshalb für die Gleichberechtigung unterschiedlicher weltanschaulicher Auffassungen und für die Zusammenarbeit für aus dem objektiv gemeinsamen Friedensinteresse abgeleitete Forderungen bei Zurückstellung differierender Auffassungen ein. Dieses Herangehen wurde von anderen aktiven Kräften der Friedensbewegung geteilt. Und der erkennbare Effekt dieser konstruktiven Bündnispolitik war natürlich unseren Gegnern immer ein Dorn im Auge. Sie trösteten sich nicht mit dem Widerspruch, dass die Kommunisten wenigstens bei Parlamentswahlen ungleich weniger Erfolg hatten; es besorgte sie, wie es in einer Studie des offiziösen Verlages Wissenschaft und Politik heißt, dass es der DKP in den siebziger Jahren immer wieder gelang, "Bündnisse mit demokratischen Kräften zu schließen, weil sie es verstand, scheinbar gemeinsame Vorstellungen in den Vordergrund zu stellen" und sie "ihren Einfluss durch ihr politisches Hauptwerkzeug, die Bündnispolitik, erweitern konnte".

Es zeigt sich jedoch die hohle Konstruktion einer solchen Wertung, wenn da nur "scheinbar" gemeinsame Forderungen entdeckt werden oder an anderer Stelle das Eintreten der DKP nach eigenen Beiträgen der BRD zu Rüstungsbeschränkungen zwecks Finanzierung sozialer Anliegen als "Scheinalternative" hingestellt wird. Dass Kommunisten, auch im ureigensten Interesse wie Millionen andere wirklich für Frieden und Abrüstung sind - da kann nicht sein, was nicht sein darf.

Deshalb durfte kommunistische Bündnispolitik auch nichts anderes sein als bloße Taktik - diese als betrügerische Manöver interpretiert, als das Hauptwerkzeug zwecks Gewinnung von Einfluss - als ob gerade Kommunisten Einfluss nicht durch raffinierte Schliche, sondern nur durch überzeugende und einsichtige Positionen gewinnen könnten, in denen reale gemeinsame Interessen vieler Menschen zum Ausdruck kommen.

Doch ist es unsere Erfahrung: realistisches und ehrliches Wirken für Bündnisse hebt Vorurteile nicht einfach auf - da halten die Herrschenden selbst kräftig dagegen und verlassen sich nicht nur auf die Langzeitwirkung des aus der Nazizeit fortwirkenden traditionellen Antikommunismus.

Hier nehme ich das Wort auf, das auch in dem mir gestellten Thema genannt ist: Repression. Repression gegen die Kräfte, die der Spaltungspolitik und der Remilitarisierung Widerstand leisteten. Das war der Kalte Krieg nach Innen, er wurde über die Jahrzehnte hin mit exekutivem Staatsterror in einem Ausmaß praktiziert, das heute viele Zeitgenossen, wenn sie davon erfahren, nur bass erstaunen lässt. Dabei: was Schäuble und Jung heute an verfassungsbrecherischen Vorstößen unternehmen, knüpft an die einschüchternde Wirkung von Repression seit der Adenauerzeit an, an erpresste Anpassung, und spekuliert auf die Gewöhnung an permanenten Demokratieabbau.

Die Liste der Repression ist lang - widerspiegelt aber nicht nur den latent undemokratischen Charakter bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse, sondern auch den Katalog daraus folgender Maßnahmen, die die Herrschenden trafen, um sich gegen Widerstände durchzusetzen. Um nur die größten zu nennen: Den Adenauer-Erlass von 1951, die Entfernung von Kommunisten aus öffentlichen Ämtern; das Verbot

demokratischer Organisationen wie der Freien Deutschen Jugend oder des Demokratischen Frauenbundes; regionale Verbote der VVN, nachdem ein zentraler Prozess gescheitert war; regionale Verbote des Demokratischen Kulturbundes; das Verbot der KPD mit der Begründung, diese bezichtige die Bundesregierung zu Unrecht, eine Remilitarisierung zu betreiben – und diese windige Begründung wurde nicht zurückgenommen, als die Remilitarisierung, ursprünglich geheim vorbereitet, längst Realität geworden war; die Installierung einer politischen Justiz mit speziellen Gesetzen und Gerichten, die Verfolgung Hunderttausender durch Ermittlungsverfahren und die Inhaftierung von über tausend Frauen und Männern wegen "Staatsgefährdung" und "Hochverrat"; Polizeieinsätze gegen Friedensaktionen mit Todesopfern; das Verbot von Volksbefragungen über die Remilitarisierung und Atombewaffnung, solche die außerparlamentarisch, damit angeblich illegal, aber auch solcher, die Kraft Landtagsbeschlüssen organisiert wurden, letztere in Perioden, als sich auch die SPD noch gegen die Remilitarisierung wandte, aber dann auf die Unterdrückung hin nicht protestierte, sondern sich anpasserisch aus der Bewegung zurückzog – zumindest die Führung, während viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter in den Bündnissen mitmachten und auch welche von ihnen in die Mühlen der politischen Justiz gerieten.

Zu nennen ist auch die schändliche Praxis der Berufsverbote über viele Jahre hin, zu nennen sind die speziellen Fälle von Justizterror gegen Frauen und Männer wegen Kontakten mit der DDR wegen Kinderferien, Sportaustausch usw.

Die Liste der Repression ist nicht vollständig, sie zeigt jedoch, dass Repression gegen aktive Opposition von vornherein in die Entwicklung des westdeutschen Staates eingebaut war. Und es bleibt charakteristisch dafür, wie die Clique ehemaliger Nazigeneräle, die Adenauer mit der Entwicklung des Konzepts für den Aufbau der Bundeswehr betraut hatte (Himmeroder Denkschrift), als Bedingung dafür nicht nur die "Rehabilitierung des deutschen Soldaten", der Wehrmacht wie der Waffen-SS, sondern auch die "Umstellung der öffentlichen Meinung" forderten, und dass diese Militaristen, die bis vor kurzem noch der faschistischen Diktatur gedient hatten, gleich wieder wussten, wie das zu betreiben sei: durch "kraftvolle Bekämpfung aller die Demokratie zersetzenden Elemente", zwecks innerem "Schutz der anlaufenden Aufbauarbeit". Das war 1950, und 1951 stellte die Adenauer-Regierung den Antrag auf das Verbot der KPD!

Die Liste der Repression ist kein Klagegedicht über die schweren Bedingungen für die fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland, sie ist Material für die notwendige demokratische Kritik. Die Erinnerung daran kann zu einem realistischen Bild über die Entwicklung der Kräfteverhältnisse in den Auseinandersetzungen jener Jahrzehnte anregen, wo Repression des BRD-Regimes kein geringer Faktor auf dem Wege war, der der Konterrevolution zum Sieg über die DDR verhalf, wonach die Repression neue Adressaten fand. Unter Repression ist auch eine ideologische Komponente einzuordnen, die für die Bedingungen des Wirkens der Kommunistischen Partei als einer politischen Kraft der Bundesrepublik eine enorme Bedeutung und zwar im restriktiven Sinne hatte.

Zum Selbstverständnis der KP als internationalistische Partei gehörte ein prinzipiell solidarisches Verhältnis zur Sowjetunion, zur DDR, zum realen Sozialismus. Das schloss ein, durch ihren Kampf gegen imperialistische Politik auf dem Boden ihres Landes zur Schaffung friedlicher äußerer Bedingungen für die gedeihliche Entwicklung des Sozialismus beizutragen. Für manche reduziert sich diese Position auf eine "einseitige Parteinahme", war es jedoch nicht, denn es ging damit um die substantielle Sicherung des Friedens überhaupt. Darum lag kein Widerspruch, sondern eine Logik darin, dass die Kommunisten das aktive Interesse des Sozialismus an friedlicher Koexistenz, seine dementsprechenden Initiativen für Abrüstung, für die friedliche Lösung der Nachkriegsprobleme in Europa, den Menschen in Westdeutschland als auch ihre Chance, als in Übereinstimmung mit ihren eigenen Interessen nahe brachten. Das waren die Initiativen für die Erhaltung der Einheit Deutschlands, für den Abschluss eines Friedensvertrages, für

normale Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, bis zum Vorschlag der UdSSR für allgemeine und vollständige Abrüstung in der Welt.

Dieses konstruktive Bemühen, das sehr wohl von den Lebensinteressen des eigenen Landes geleitet war, konterten die Herrschenden, indem sie die Kommunistische Partei als Agentur und Sprachrohr der Außenpolitik einer feindlichen Macht abstempelten, mal der Sowjetunion, mal der DDR, wie es gebraucht und mit aller Medienmacht kolportiert wurde und deshalb nicht ohne Wirkung blieb. Das war auch der aggressivste Versuch, die DKP zu isolieren, die Reaktion der Herrschenden darauf, dass sie es 1968/69 hinnehmen mussten, dass sich die Kommunisten mit der Konstituierung der DKP die Freiheit des legalen Wirkens wieder genommen hatten.

Daran änderte sich kaum etwas in der Periode der Brandtschen Entspannungspolitik, deren konstruktiven Sinn wir durchaus unterstützen. Doch hatte diese Politik mit der Maxime "Wandel durch Annäherung" auch eine Variante des Kampfes gegen die DDR im Sinn – unser Kampf für die Anerkennung der DDR blieb zwar nicht erfolglos, aber Anerkennung fand er nicht. Wer gar Sympathien für die DDR hegte und solidarische Beziehungen zur dorten Bruderpartei unterhielt, konnte ja keine "hiesige" Partei sein. So weit ging die "Weltoffenheit einer pluralistischen Demokratie" eben nicht. Es ist sicher kein nostalgisches Kramen in der Vergangenheit, wenn wir uns wieder einmal die Wahrheit über einen Abschnitt deutscher Geschichte vergegenwärtigen, in dem nachhaltig die Weichen gestellt wurden zu den Kämpfen, die wir heute zu bestehen haben.

Prof. Dr. Eckhard Trümpler

### **Zur Entwicklung der nationalen Frage unter den Bedingungen der deutschen Zweistaatlichkeit**

Dazu einige Überlegungen, die vielleicht zur Diskussion über das sehr spezifische Verhältnis von DDR und BRD sowie über nationale Entwicklungsprozesse beitragen können.<sup>1</sup>

#### **I.**

Die Führung der SED ging davon aus, dass sich die deutsche Großbourgeoisie von Anfang an als der "schlimmste Feind der Nation" erwies, dass das Monopolkapital das deutsche Volk durch zwei von ihm verschuldete Weltkriege in "nationale Katastrophen" gestürzt hatte. Die Arbeiterklasse war berufen, im Osten Deutschlands über die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die sozialistische Revolution sich selbst zur nationalen Klasse zu erheben, die Führung der Nation zu übernehmen und sie von Grund auf zu erneuern.<sup>2</sup>

Im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der folgenden Entwicklung waren auf dem geschrumpften Territorium des im Krieg geschlagenen hitlerfaschistischen Dritten bzw. "Tausendjährigen Reiches" zwei deutsche Staaten entstanden. Beide Staaten und Staatsvölker waren Bestandteile *einer*, wenngleich in sich zerrissenen, innerlich gespaltenen Nation, der deutschen Nation. Die Trennung in *zwei Staaten* hatte sich schon sehr bald nach dem Ende des zweiten Weltkrieges abgezeichnet, sie war 1949 auch konstitutionell erfolgt und hatte sich in der Folgezeit noch vertieft und verfestigt. In dieser gesamten Zeit hatte die Führung der SED die nationale Frage, die vor allem die Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und die Auseinandersetzung um deren Zukunft einschloss, stets als Bestandteil des weltweiten Ringens um gesellschaftlichen Fortschritt, des Wirkens für Frieden und Sicherheit, als diesem Kampf nachgeordnet betrachtet und danach gehandelt.

Beide – die DDR und die BRD – waren zwar Ergebnis der Kriegs- und Nachkriegsentwicklung. Sie waren aber auch Ausdruck zweier gegensätzlicher Traditionslinien deutscher Geschichte – nunmehr gipfelnd in zwei Staaten, die sich gravierend voneinander unterschieden und sich feindlich gegenüberstehende Gesellschaftssysteme verkörperten.

Beide – die DDR und die BRD – wurden zu sehr wichtigen Bestandteilen sich feindlich gegenüberstehender und zugleich im Wettstreit miteinander befindlicher Weltsysteme sowie zu starken Gliedern der bis dahin stärksten politischen und militärischen Bündnisse. Zwischen ihnen wirkten unversöhnliche Unterschiede und Gegensätze, die, nachdem alle Bemühungen zur Schaffung einer einheitlichen antifaschistisch-demokratischen Republik gescheitert waren, ein neues Herangehen verlangten. Aus der Sicht der SED und der DDR ging es darum, im Sinne der Beschlüsse von Jalta und Potsdam und entsprechend den Anliegen der deutschen Fortschrittskräfte alles zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht. In diesem Sinne traten sie ein für die Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, für die Herbeiführung eines friedlichen und gleichberechtigten Neben- und Miteinander. So bestanden und entfalteten sich – über viele Hindernisse und Widerstände hinweg – mannigfaltige und für beide Seiten nützliche und vorteilhafte, zum Teil unerlässliche Verbindungen, die zu bedeutenden zwei- und mehrseitigen Abmachungen und Verträgen führten.

## II.

Im Prozess der Herausbildung von zwei Staaten der deutschen Nation entwickelten sich – wenngleich sehr differenziert – im Laufe der Zeit bei großen Teilen der Bevölkerung beider Staaten unterschiedliche Einstellungen, Mentalitäten, Verhaltensweisen, Wertvorstellungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen und persönlichen Lebens. Von daher war nach einigen Jahren der Schritt nicht allzu weit von der Vorstellung, dass sich – über die staatliche Spaltung hinaus – aus der ehemals *einen* deutschen Nation *zwei* deutsche Nationen entwickelten bzw. entwickeln würden. Das fand seinen Niederschlag in der These von der Herausbildung der sozialistischen deutschen Nation in der DDR – bei Fortbestehen des anderen Teils der deutschen Nation in der BRD auf kapitalistischer Grundlage.

Das war eine sehr weitreichende und bedeutungsschwere Einschätzung. Erinnert sei daran, dass in der durch Volksentscheid bestätigten Verfassung von 1968 die DDR als ein sozialistischer Staat deutscher Nation gekennzeichnet worden war. Und im Kommentar zur Verfassung wurde erklärt, dass sich die DDR nicht davon abhalten lassen werde, die Lebensinteressen der ganzen deutschen Nation zu vertreten. In der Verfassung hieß es, dass die DDR und ihre Bürger "die Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezwungenen Spaltung Deutschlands, die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus anstreben".<sup>3</sup> Von einer sich herausbildenden sozialistischen deutschen Nation war noch nicht die Rede.

Wohl vor allem als Antwort auf Illusionen, die sich bei vielen Bürgern der DDR nach den Treffen der beiden deutschen Regierungschefs im März und Mai 1970 in Erfurt und Kassel vermehrt hatten, und als Reaktion auf die verstärkte Propagierung der These von den "besonderen deutschen Beziehungen" durch die Bonner Bundestagsparteien sprach die Führung der SED ab Herbst 1970 und forciert seit der 14. Tagung des Zentralkomitees im Dezember 1970 davon, "dass sich zwischen der sozialistischen DDR und der imperialistischen BRD ein objektiver Prozess der Abgrenzung und nicht der Annäherung vollzieht".<sup>4</sup>

Diese Formulierung von der Abgrenzung, verstanden als Bedingung für die völkerrechtliche Anerkennung der Existenz der DDR, ist gewiss vorrangig als Reaktion auf Erscheinungen des Wunschenkens, bestimmter Illusionen bei vielen DDR-Bürgern wie auch auf die Aktivitäten der BRD-Medien zum ideologischen Einwirken auf die DDR zu werten. Denn, das muss man im nachhinein eingestehen: Es gab natürlich die von westdeutscher Seite immer wieder betonten "besonderen"

Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Von Seiten der SPD wurden diese "besonderen Beziehungen" propagiert und genutzt als Bestandteil des Konzepts vom "Wandel durch Annäherung", womit hauptsächlich die Beseitigung des Sozialismus in der DDR beabsichtigt war. Es erwies sich, dass die Spezifik des Verhältnisses beider Staaten und ihrer Bürger zueinander durch Wegreden nicht beseitigt werden konnte, auch wenn die Führung der SED dies bis zuletzt versuchte.

In der Realität zeigte sich: *Beide* Seiten waren sich dieser Spezifik bewusst, und auf die *ihnen eigene* Weise reagierten sie auf diese, nutzten sie für ihre gegensätzlichen Absichten. Und so können wir auch unter Führung Erich Honeckers nicht nur Erscheinungen der Abgrenzung, sondern – zunehmend – auch der Annäherung registrieren, was ja letztlich auch Ausdruck objektiver internationaler Entwicklungen war – und ein Beispiel dafür, dass man sich auf Dauer nicht von internationalen Prozessen abschotten, ihnen nicht verschließen kann.

### III.

Doch von der Abgrenzung zurück zur These von der sozialistischen deutschen Nation. Es war Walter Ulbricht, der schon wenige Tage nach dem 14. Plenum, am 17. Dezember 1970, und in den folgenden Wochen seine Vorstellungen von der nationalen Frage in Deutschland weiterentwickelte. Über die bislang vertretene Auffassung, dass sich die DDR als sozialistischer deutscher Nationalstaat formiert habe, hinausgehend, sprach er nunmehr erstmals vom "Prozess der Herausbildung einer sozialistischen Nation", der sich in der DDR vollziehe. Die BRD dagegen verkörpere den "verbliebenen Teil der alten bürgerlichen Nation".<sup>5</sup>

Offen bleibt hier die Antwort auf die Frage, warum Walter Ulbricht innerhalb kurzer Zeit – zwischen seinem Auftreten auf der 14. Tagung und seiner Rede vor der Kommission zur Vorbereitung des 20. Jahrestages der SED lagen nur sechs Tage – seine Meinung änderte, vom Verfechter der in zwei Staaten getrennten Nation zusätzlich zum Verkünder der These von der Entwicklung auch von zwei deutschen Nationen wurde. Doch ist festzustellen, dass er in der Folgezeit den Prozesscharakter dieser Entwicklung zum Ausdruck brachte. So sprach er rückblickend davon, dass "erste Keime der sozialistischen Nation (wuchsen)", dass "sich die Grundelemente des sozialistischen deutschen Nationalstaates und die Keime der sozialistischen Nation zu entwickeln (begannen)"<sup>6</sup> – Einschätzungen, die der Realität entsprachen.

Auf dem VIII. Parteitag bekräftigte Erich Honecker die Abgrenzungspolitik. Ausführlich nahm er zur nationalen Frage Stellung und erläuterte die These von der Entwicklung einer sozialistischen deutschen Nation in der DDR. Doch in der Praxis – und auch in der Theorie – zeigte sich, dass die Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit dieses Prozesses und damit auch dessen sehr lange Dauer unterschätzt, positive Resultate auf diesem Weg – wie generell Erfolge beim sozialistischen Aufbau – zumeist überbewertet wurden. Dagegen erfuhr das Wirken hemmender Faktoren, die sich aus der viele Jahrzehnte währenden Existenz der Nation in der bürgerlichen, zeitweilig sogar faschistischen Gesellschaft herleiteten, nicht die notwendige Beachtung. Die lange Wirksamkeit bürgerlich-egoistischer, nationalistischer und antikommunistischer Denkmuster und Wertvorstellungen wurde unterschätzt.<sup>7</sup>

Das bewiesen die folgenden Jahre, in denen unter Führung Erich Honeckers und entsprechend den Entscheidungen des VIII. Parteitages vom Juni 1971 die Konsequenzen aus der Abgrenzungsthese und aus der erfolgreichen sozialistischen Entwicklung für die nationale Frage weiter ausgearbeitet wurden. So wurde in der ergänzten und veränderten Verfassung vom Oktober 1974, wie Walter Schmidt 1996 schrieb, "die anationale, durch internationalistische Verklammerungen krampfhaft substituierte Haltung zum selbständigen nationalen Status der DDR nochmals auf die Spitze" getrieben.<sup>8</sup> Doch nun traten bei vielen Bürgern noch massiver drängende Fragen auf, die Klärung verlangten. Auf sie antwortete Erich Honecker wenige Wochen später, im Dezember 1974, indem er erklärte, dass die Bürger der DDR natürlich deutscher Nationalität seien.<sup>9</sup> Damit holte er den Begriff "deutsch", der immer weniger verwendet worden war,

in den politischen Sprachgebrauch der DDR zurück. Auch auf diesem Gebiet zeigte sich, dass in der Regel alle auf das entscheidende Wort des Generalsekretärs warteten und dass sich dann alle – von den Funktionären bis zu den Wissenschaftlern – an dessen Verlautbarungen ausrichteten.

Den damaligen Erkenntnisstand widerspiegelte das Programm der SED von 1976, das sogar einen selbständigen Abschnitt über die sich in der DDR vollziehende Entwicklung der sozialistischen Nation enthielt. In ihm wurden knapp ihr Werden, ihre Merkmale und ihre Zukunft umrissen. Allerdings fehlte jeglicher Verweis auf die Langfristigkeit dieses Prozesses. Ebenso wurde nicht auf die spezifischen, komplizierten Probleme einer parallelen Nationsentwicklung auf deutschem Boden eingegangen.<sup>10</sup>

Doch die politische Praxis, die vielfältigen Maßnahmen hinsichtlich der Abgrenzung, aber auch die Nutzung der spezifischen Bedingungen zwischen DDR und BRD zeigen: Der Besonderheit dieser nationalen Entwicklungsprozesse und der im Zusammenhang damit auftretenden Probleme waren sich die führenden Kräfte in der DDR durchaus bewusst – wenn auch in unterschiedlich starkem Maße und erst recht kaum öffentlich ausgesprochen.

Voller Optimismus stellte Erich Honecker 1978 fest, dass sich in der DDR die sozialistische Nation herausgebildet und behauptet habe.<sup>11</sup> Und auf dem X. Parteitag 1981 wurde erklärt, dass sich das Volk der DDR zur sozialistischen deutschen Nation konstituiert habe und niemand in der Lage sei, daran etwas zu ändern.<sup>12</sup>

Diese feste Überzeugung bekräftigte Erich Honecker wiederholt. Nur höchst selten ging er darauf ein, wie eine spätere Entwicklung aussehen könnte. So sagte er im Dezember 1974, "daß beim Fortschreiten des revolutionären Weltprozesses der Sozialismus auch um die Bundesrepublik Deutschland keinen Bogen machen wird. Dies ist jedoch eine Sache der Zukunft."<sup>13</sup> 1978 meinte er auf die Frage des stellvertretenden Chefredakteurs der "Saarbrücker Zeitung", Erich Voltmer, ob es im Falle eines sozialistischen Regimes in der BRD dann wohl eine Einheit der Nation nach DDR-Auffassung geben könne: "Die Gedanken sind frei. Dann gibt es ja auch andere Gesprächspartner."<sup>14</sup>

Für Erich Honecker wie für die Führung der SED und der DDR war das Problem, ob und wie es zu einer Vereinigung der beiden Teile der deutschen Nation kommen könne, eine Sache der Zukunft, eine Möglichkeit, die jedoch in immer weitere Ferne gerückt war. Im Vordergrund standen – und das völlig zu Recht – die Forderung und das Bemühen, in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten strikt von den Prinzipien des Völkerrechts auszugehen – im Interesse des Friedens und damit auch der Stärkung des Sozialismus in der DDR.

#### IV.

Inzwischen haben uns die bitteren Erfahrungen aus unserer Niederlage gelehrt, dass die in den siebziger Jahren vorgenommene Einschätzung des Standes und der Perspektiven nationaler Prozesse auf deutschem Boden einseitig war, den damaligen Realitäten und Entwicklungsprozessen nicht gerecht wurde. Ich meine, dass die folgenden von uns 1991 gemachten Feststellungen zutreffen, nämlich dass die beim sozialistischen Aufbau erzielten Errungenschaften und die Tiefe ihrer Verankerung im Bewusstsein und Alltagsverhalten der Mehrheit der Bürger zu hoch bewertet, die historischen und ethnischen Faktoren in ihrer Wirkung als zu gering eingeschätzt wurden. Vor allem die Einflüsse von Seiten der sehr starken imperialistischen BRD, ihre mittels raffinierter Propaganda bewirkte Ausstrahlung und Einflussnahme wurde zu wenig in Betracht gezogen, und die dagegen gesetzten ideologischen Mittel und objektiven Tatsachen erwiesen sich als zu schwach. Das gilt nicht nur für die DDR, sondern auch für die anderen sozialistischen Länder. Die Führung der SED – und nicht sie allein – "ging von der im Grunde undialektischen Vorstellung aus, dass der Sozialismus fortwährend allseitig erstarke, die allgemeine Krise des Imperialismus dagegen sich ständig verschärfe und dass der ideologischen Diversion erfolgreich

widerstanden werden könne ..., dass der Sozialismus bereits unwiderruflich gesiegt habe und sich stetig auf dem Vormarsch befinde."<sup>15</sup> Und L. I. Breshnew hatte, um nur ein Beispiel zu nennen, anlässlich des 50. Jahrestages der UdSSR im Dezember 1972 für sein Land erklärt, "daß die nationale Frage ... vollständig, endgültig und unwiderruflich gelöst ist".<sup>16</sup>

Aber von diesen Gewissheiten, von dieser festen Siegeszuversicht war die Führung der SED ausgegangen, als sie schon auf dem VIII. Parteitag erklärt hatte, dass die Geschichte über die nationale Frage und damit über die Unumkehrbarkeit der sozialistischen Ordnung – bereits entschieden habe. Doch wer von den Fortschrittskräften in aller Welt und selbst von seinen Gegnern hegte damals auch nur im Geringsten die Vermutung, dass der Sozialismus, statt seinen Siegeszug fortzusetzen, auf solch katastrophale Weise zusammenbrechen würde?

Gerade die Siege der Konterrevolution 1989 und 1990 lehren nachhaltig: Die ethnischen und nationalgeschichtlich wirkenden Merkmale, die den Boden und den Rahmen für die gesellschaftlichen Prozesse bilden, als gegeben vorausgesetzt, erweisen sich dann die ökonomischen Faktoren – Produktivität und Effektivität, Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung, Pro-Kopf-Verbrauch an den maßgeblichen Erzeugnissen – als entscheidend dafür, nach welcher Seite das Pendel ausschlägt. Für nicht wenige Menschen wuchs die Kluft zwischen ihren zunehmenden Erwartungen einerseits und den beschränkten Möglichkeiten der Wirtschaft, diesen zu entsprechen.

Hinzu kam: Je mehr die DDR auf sozialistischem Wege voranschritt und sich zugleich aber auch Schwierigkeiten, Widersprüche und Hindernisse türmten, umso weniger wurden diese in genügender Deutlichkeit ausgesprochen und Gegenstand breiter öffentlicher Aussprache. Von Jahr zu Jahr mehr wurden Probleme und Widersprüche – zumindest gegenüber der Öffentlichkeit – ausgeblendet oder kaschiert.

Die gedachte und erhoffte Entwicklung einer sozialistischen deutschen Nation in der DDR als Kern und Vorbild für die Entwicklung einer späteren einheitlichen sozialistischen Nation, die sich im direkten Vergleich mit der BRD als einer der stärksten imperialistischen Mächte vollziehen sollte, hätte einer auf hoher Dynamik gegründeten ökonomischen und darauf basierenden politischen Stabilität bedurft. Diese nahm jedoch nicht zu, sondern in wichtigen Bereichen ab.

Was DDR-Identität und Ansätze eines DDR-Nationalgefühls angeht, so spiegeln die Urteile darüber die differenzierte Realität wider. So heißt es in einem 2006 erschienenen Buch: "Bilanziert man die Debatte über die Vorwende-DDR-Identität, so kommt man zu dem Ergebnis, dass die Einschätzungen der Situation in der DDR vor 1990 trotz des Mangels an zuverlässigen empirischen Daten von der Behauptung völlig fehlender Identifikation mit der DDR und dem Sozialismus (...) bis hin zu der Annahme eines DDR-spezifischen Nationalgefühls und umfassender Unterstützung der sozialistischen Ordnung reichen ..." Für den Leser überraschend stellt die Autorin dann im Widerspruch zum soeben Formulierten fest, ein breiter *Konsens* bestehe lediglich darüber, "dass ein *patriotisches* nationales Gemeinschaftsgefühl in der DDR nicht existiert habe"<sup>17</sup>. Das verstehe wer will. Es wird eben keine gedankliche Verrenkung gescheut, um den Bürgern der DDR Patriotismus abzusprechen – wider alle Tatsachen und wider jede Logik.

Die durchaus vorhandenen Ansätze zur Herausbildung einer sozialistischen deutschen Nation hätten zu ihrer Weiterführung, Ausprägung und festen Verankerung einer im Vergleich mit der BRD stärkeren Ökonomie, eines für die überwiegende Mehrzahl der Bürger eindeutigen massenwirksamen Vorsprungs auf den Gebieten von Wirtschaft, Technik und individueller Konsumtion erfordert. Ohne solche Stärke und Überlegenheit hinsichtlich gesellschaftlicher Arbeitsproduktivität und Effektivität sowie Warenangebot und erst recht unter den Bedingungen der Krise der SED und des Staates, die sich seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre immer mehr abzeichnete, musste die Vision von der sozialistischen deutschen Nation ein Traum bleiben.<sup>18</sup> Diese Vision zu realisieren hätte eine solche Anziehungskraft der DDR auf die BRD



vorausgesetzt, dass, vereinfacht gesagt, Hunderttausende Menschen von West nach Ost – und nicht umgekehrt – gegangen wären.

Der Vollständigkeit halber ist an dieser Stelle zu vermerken, dass überhöhte Wertungen des beim sozialistischen Aufbau Erreichten, verbunden mit der Unterschätzung von Schwierigkeiten und Widersprüchen und der Ignorierung von Deformationen, nicht eine Besonderheit der SED und der DDR waren. Das traf auf andere Parteien und Länder ebenso zu. Besonders verhängnisvoll waren das Fehlen praktikabler, realistischer Konzeptionen zur Herausführung aus krisenhaften Zuständen wie auch die unzureichenden materiellen Potenzen, um erkannte Probleme bewältigen zu können. Gravierende subjektive Schwächen und die für die sozialistischen Staaten verhängnisvolle Wirkung gewichtiger negativer internationaler Faktoren führten zum Zusammenbruch der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion sowie in Ost- und Südeuropa.

## V.

Eine Wiederholung, eine Reinkarnation der DDR ist naturgemäß nicht möglich, denn Geschichte wiederholt sich nicht, weil die Bedingungen – die objektiven Umstände wie auch die subjektiven Faktoren – sich fortwährend verändern, jederzeit einmalig sind. Doch meine ich, dass es gesellschaftlichen Fortschritt in Deutschland schwerlich geben wird, wenn – wie viele Politiker und Historiker sich befleißigen – die DDR als gesellschaftliches System diffamiert und ihre positiven Merkmale kleingeredet oder verschwiegen werden. Manche dieser Leute beschränken sich darauf einzugestehen, dass es in der DDR wohl einige erwähnenswerte positive soziale und kulturelle Ergebnisse gab, und zwar deshalb, weil die Bürger dieses Landes fleißig gewesen seien und sich nach Kräften bemüht hätten, ihre persönlichen Lebensumstände zu verbessern.

Doch in erster Linie arbeiten diese Politiker und Wissenschaftler, zu denen leider auch einige aus dem linken Spektrum gehören, daran, die wirklichen Ursachen und Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung im Osten Deutschlands zu verschweigen oder mindestens zu diffamieren. Sie konzentrieren sich darauf, Defizite und Mängel, Fehler und Vergehen aufzulisten. Und es verwundert schon kaum noch, dass sie bei diesem Unterfangen die Zeit, die konkreten historischen Umstände zumeist außer acht lassen. Die Distanzierung von der bisher größten Errungenschaft der Werktätigen in der deutschen Geschichte gipfelt in der Erklärung, dass erst mit dem Untergang der DDR der Weg zu einem wahren Sozialismus frei geworden sei.<sup>19</sup>

Einer solchen – gelinde gesagt – ahistorischen Behauptung halte ich entgegen: Wer Grunderfahrungen der Auseinandersetzung mit dem imperialistischen Gegner missachtet, das kapitalistische System dem gescheiterten Sozialismus gegenüber faktisch als historischen Fortschritt wertet und zugleich Leistungen und Erfolge der DDR und deren Ursachen geringschätzt oder abwertet, der wird kaum eine überzeugende Orientierung und Konzeption für die Bewältigung künftiger Anforderungen erarbeiten können. Es geht mir, das möchte ich vermerken, nicht um eine Verklärung oder Reinwaschung der DDR – es handelt sich vielmehr darum, die richtigen Schlussfolgerungen aus ihrer Geschichte, aus ihren Erfolgen und Errungenschaften wie aus ihren Schwächen und Defiziten zu ziehen. Auch die DDR ist im Hegelschen Sinne "aufzuheben".

## VI.

Die DDR gibt es nicht mehr, sie ist als Staat seit 17 Jahren nicht mehr existent. Aber ihre Geschichte, die Erinnerung an sie lebt bei den Generationen fort, die in ihr geboren und groß geworden sind, gearbeitet und geliebt haben, auf schwere und freudige Zeiten zurückblicken können.

Die DDR wirkt in den Köpfen und Herzen vieler Menschen fort. Und in dem Maße, wie die jetzige bundesdeutsche Gesellschaft – ihr Regime der Ausbeutung, der vom Streben nach Profit bestimmten

Menschenfeindlichkeit und Aggressivität, verbunden mit maßloser Demagogie und Heuchelei – ihre Gebrechen offenbart und diese die Menschen immer mehr spüren, in dem Maße wird vielen ehemaligen DDR-Bürgern bewusst, was sie vermissen, was sie verloren haben.

Bei diesem Blick zurück, bei diesem Besinnen treten wohl manche Widrigkeiten aus der DDR-Vergangenheit in den Hintergrund, verblasen sie und wird manches verklärt – wie das oft bei Erinnerungen ist. Auch wenn kaum jemand die DDR wiederhaben will – das ginge sowieso nicht, so sind doch viele Menschen voller Stolz auf das, was sie in diesem ersten deutschen sozialistischen Land unter oft sehr schwierigen Umständen mit aufgebaut und für sich selbst und ihre Kinder geschaffen haben. Und mit den Erfahrungen eines Lebens in zwei gegensätzlichen Gesellschaftssystemen vergleichen sie sehr kritisch, prüfen vor allem, was von den Verheißungen der kapitalistischen Gesellschaft – oder wie manche Linke sagen – der "Zivilgesellschaft", übrig bleibt und was sich vor allem als bloße Floskel erweist.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht darauf zu verweisen, dass, wie Helmut Kohl im Jahr 2006 für die herrschenden Kreise der alten BRD eingestehen musste, "wir uns in den 40 Jahren der Teilung weiter auseinandergeliebt haben, als wir dachten".<sup>20</sup>

Im Folgenden gebe ich einige Ergebnisse aus Befragungen wieder, die in diesem Jahr zur Veröffentlichung gelangten.<sup>21</sup> Befragt wurden im Jahr 1973 geborene Ostdeutsche. Danach, so ermittelten die Autoren, verwandeln sich in deren Vorstellungen die tatsächliche deutsche Einheit "mehr und mehr in eine Utopie". Als "Gewinner" der deutschen Einheit verstanden sich 2005, also 15 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur BRD, "mit 44 Prozent weniger als die Hälfte der 32-Jährigen, die meisten davon mit der Einschränkung 'Ja, etwas schon'." Dabei sei zu beachten, dass die mehrheitliche Bejahung der deutschen Einheit nicht identisch ist mit der Zustimmung zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem. Letzteres werde "mehrheitlich skeptisch oder gar kritisch betrachtet, in jüngster Zeit sogar mit deutlich zunehmender Tendenz".<sup>22</sup>

Die Autoren stellen fest, "dass bei den Teilnehmern dieser Studie der Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger weitaus komplizierter verläuft, als dies selbst von Experten nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik erwartet wurde", dass sich die Verbundenheit der Befragten mit der Bundesrepublik "zwischen 1992 und 2005 faktisch nicht verstärkt" hat. "Andererseits", heißt es, "war die Verbundenheit mit der untergegangenen DDR im Untersuchungszeitraum 1990 (Frühjahr) bis 1996 trotz des gewachsenen Abstandes zu ihrem Untergang nur tendenziell rückläufig, um danach wieder zuzunehmen. ... Die Prozentquoten der Panelmitglieder mit einer einschränkungslosen Identifikation mit der DDR ... sind nach dem kurzzeitigen Rückgang im Jahre 1995 auf 35 % wieder geradezu sprunghaft auf 56 % im Jahr 2004 bzw. 53 % im Jahr 2005 angewachsen – ein einzigartiges und unerwartetes Phänomen. ...

72 % der Panelmitglieder ... fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben; 11 % fühlen sich vorwiegend als Bundesbürger und nicht mehr als DDR-Bürger, 16 % haben noch kein Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik entwickelt, fühlen sich noch vorwiegend als DDR-Bürger." Die Autoren betonen, "dass es sich dabei nicht um politische Bindungen an die untergegangene DDR handelt ... Großes Gewicht haben dabei ... tiefe lebensgeschichtliche Prägungen, vor allem das Erleben der DDR als Heimatland, die Erinnerung an eine meist sozial sichere, sorgenfreie Kindheit und Jugend, insbesondere ohne Arbeitslosigkeit der Eltern, die vielfach aufgewertet wird durch den Kontrast heutiger Alltagserfahrungen." Und sie ziehen den Schluss, "dass bei den 32-Jährigen die Herausbildung einer von 'Resten' der DDR-Vergangenheit freien Verbundenheit mit der Bundesrepublik noch eine unbestimmte Zeit dauern wird, wenn sie überhaupt zustande kommt ... Eine Minderheit von 6 % fühlt sich im Jahr 2005 politisch mit der Bundesrepublik verbunden, 71 % stellen das in Abrede, von den jungen Frauen deutlich mehr als von den jungen Männern: 81 % gegenüber 61 % ..."<sup>23</sup>

Das sind bemerkenswerte, ja sogar erstaunliche Ergebnisse. Sie reflektieren die differenzierten Bewusstseinsprozesse in der befragten Generation. Diese in vieler Hinsicht für die DDR sprechenden Fakten liegen vor, obwohl fast alle Medien, Parteien und Organisationen – wenngleich unterschiedlich stark – die DDR ablehnend, bestenfalls distanziert darstellen,<sup>24</sup> obwohl von staatlicher Seite ohne Unterlass an der Delegitimierung der DDR und ihres Systems gearbeitet wurde und wird<sup>25</sup> und obwohl manche Linke auf ihre spezifische Weise an der Herabwürdigung der DDR im Sinne des herrschenden Zeitgeistes mitwirken.

Das sich aus der genannten Befragung ergebende relativ positive Bild von der Erinnerung an die DDR sollte uns nicht übersehen lassen, dass die Lage bei den jüngeren Menschen größte Besorgnis hervorrufen muss. Sie haben nicht in der DDR gelebt und besitzen demzufolge keine eigene Erinnerung an sie. Manches hören sie von ihren Eltern, Großeltern und anderen Angehörigen der älteren Generationen, natürlich lückenhaft, zufällig, sehr subjektiv geprägt. Soweit die DDR und die BRD und beide in ihrem Verhältnis zueinander und im internationalen Geschehen in den Schulbüchern und im Unterricht überhaupt Gegenstand sind, geschieht dies gemäß der antisozialistischen, auf die Lobpreisung der bürgerlichen Demokratie und einer "sozialen Marktwirtschaft" ausgerichteten Grundhaltung.

Besonders von der DDR und ihrer Vorgeschichte wird ein verzerrtes Bild gezeichnet. Ich erinnere nur an die Jahreszahlen 1945 – 1946 – 1948 – 1949 – 1953 – 1961 – 1989 und die Begriffe Sowjetische Besatzungsmacht – kommunistische Zwangsvereinigung – Luftbrücke – Niederschlagung eines Volksaufstandes – Zwangskollektivierung – Mauerbau – Stasi – "Deutschland – einig Vaterland". Diese Ereignisse werden weit entfernt von den Realitäten im antisozialistischen Sinne interpretiert. Eine annähernd ausgewogene Schilderung und Wertung steht dem jungen Menschen nicht zur Verfügung.

Das Fehlen einer solchen Darstellung ist ein empfindlicher, wenngleich nicht überraschender Mangel. Notwendig, aber auch sehr kompliziert ist die Erarbeitung einer von marxistischen Positionen geschriebenen kurzen Geschichte der DDR.

Doch selbst wenn solche Arbeiten vorlägen: Es ist eine alte Erfahrung, dass jede Generation aus den *eigenen* Erfahrungen lernt, die aus *ihren* Lebensumständen und *ihren* Erlebnissen erwachsen, die nur sie selbst sammeln und werten kann. Das Leben beweist, dass Konfuzius mit seinem Ratschlag recht hat: "Sag es mir, und ich vergesse es. Zeige es mir, und ich erinnere mich. Lass es mich selber tun, und ich behalte es."

Es werden sich auch in den neuen Generationen Menschen finden, die im Ergebnis und zum Nutzen ihres eigenen Tuns willens und fähig sind, sich mit Tatsachen und Lehren aus der Vergangenheit zu befassen und sie zu verbreiten – vielleicht mit mehr Erfolg als die vorangegangenen. Ihnen dabei zur Verfügung zu stehen, bleibt uns Älteren eine schwierige, an Bedeutung zunehmende Aufgabe.

Anmerkungen:

1 Dazu in jüngster Zeit vor allem Peter Bender: Deutschlands Wiederkehr. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945 – 1990, Stuttgart 2007, sowie Georg Fülberth: Finis Germaniae. Deutsche Geschichte seit 1945, Köln 2007, sowie die Konferenzen "Deutsche Arbeiterbewegung, Nation und Hegemonieproblem" im November 2006 und "Die Linke und die Nation" im September 2007 in Berlin.

2 Siehe Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berichterstatter: Genosse Erich Honecker. In: Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der

- Sozialistischen Partei Deutschlands, 15. bis 19. Juni 1971 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, 1. bis 3. Beratungstag, Berlin 1971, S. 55 - 57.
- 3 Das System der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik. Dokumente, Berlin 1970, S. 157, 159; Gerhard Naumann/Eckhard Trümpler: Der Flop mit der DDR-Nation 1971. Zwischen Abschied von der Idee der Konföderation und der Illusion von der Herausbildung einer sozialistischen deutschen Nation, Berlin 1991, S. 143.
- 4 Aus dem Bericht Erich Honeckers über den Umtausch der Parteidokumente auf der 14. Tagung des ZK der SED vom 9. bis 11. Dezember 1970. Nach Gerhard Naumann/Eckhard Trümpler: Der Flop mit der DDR-Nation, S. 196.
5. Zitiert nach Gerhard Naumann/Eckhard Trümpler: Der Flop mit der DDR-Nation 1971, S. 197.
- 6 Walter Ulbricht: Die historische Mission der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Sechs Reden und Aufsätze, Berlin 1971, S. 61, 151.
- 7 Das zeigt sich, um nur ein Beispiel anzuführen, in den Ausführungen von Hermann Axen im Juni 1973: Zur Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR, Berlin 1973. Für das 1974 erschienene grundlegende sowjetische Werk "Der Leninismus und die nationale Frage in der Gegenwart" trifft Ähnliches zu. In ihm wurden weder die Langfristigkeit noch die Kompliziertheit nationaler Entwicklungsprozesse in notwendigem Maße herausgearbeitet. Auch die Probleme der im Ergebnis des zweiten Weltkrieges geteilten Nationen (Deutschland, Korea, Vietnam) blieben aus naheliegenden Gründen ausgespart. (Siehe zu Deutschland S. 583 - 585)
- 8 Walter Schmidt: Das Zwei-Nationen-Konzept der SED und sein Scheitern. Nationsdiskussionen in der DDR in den 70er und 80er Jahren, Berlin 1996, S. 18. Zum Vergleich der Verfassungen von 1968 und 1974 siehe auch: Die DDR-Verfassungen, eingeleitet und bearbeitet von Herwig Roggemann, Berlin 1980 (dritte, überarbeitete und erweiterte Auflage), vor allem S. 9 - 12, 42 - 59.
- 9 Siehe Erich Honecker: Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des Zentralkomitees der SED, 12. Dezember 1974. In: Reden und Aufsätze, Bd. 3, Berlin 1976, S. 262.
- 10 Siehe Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1976, S. 56/57.
- 11 Siehe Die Aufgaben der Partei bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED. Aus dem Referat auf der Beratung des Sekretariats des Zentralkomitees der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen, 17. Februar 1978. In: Reden und Aufsätze, Bd. 6, Berlin 1980, S. 100.
- 12 Siehe Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den X. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik in Berlin, 11. bis 16. April 1981, Bd. 1, Berlin 1981, S. 47.
- 13 Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des ZK der SED. In: Reden und Aufsätze, Bd. 3, S. 263.
- 14 Ebenda, Bd. 6, S. 196.
- 15 Gerhard Naumann/Eckhard Trümpler: Der Flop mit der DDR-Nation 1971, S. 85. Siehe auch S. 81, 86.
- 16 L. I. Breshnew: Das Sowjetvolk zeigt der Menschheit neue Horizonte und neue Ideale. Rede auf der gemeinsamen Festsetzung des Zentralkomitees der KPdSU, des Obersten Sowjets der UdSSR und des

Obersten Sowjets der RSFSR zum 50. Jahrestag der Bildung der UdSSR, Moskau, 21./22. Dezember 1972, Berlin 1973, S. 18.

- 17 Neller, Katja: DDR-Nostalgie. Dimensionen der Orientierungen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politischen Konnotationen, Wiesbaden 2006, S. 121.
- 18 Siehe Gerhard Naumann/Eckhard Trümpler: Der Flop mit der DDR-Nation 1971, S. 77.
- 19 Lothar Bisky, André Brie, Claudia Gohde, Gregor Gysi und Andrea Lederer bekundeten ihr Verständnis für Heinrich Graf von Einsiedel, wenn dieser "lauter als andere den Untergang der DDR feierte" und erklärten: "Mit dem Ende der DDR ist Sozialismus in Deutschland erst möglich geworden ... Ohne diese Erkenntnis ... wird es bei der Selbstblockierung sozialistischer Politik bleiben." (Neues Deutschland, 29. März 1994; auch Pressedienst PDS, Nr. 13, 31. März 1994, S. 10). In dem Buch "Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar" wurde festgestellt, dass "der Aufbruch innerhalb der SED im Herbst 1989 zwingend verbunden war mit der Befreiung von diesem eingeeengten Sozialismusverständnis" der SED. Das sei eine "innere Befreiung" gewesen, "die überhaupt erst eine Erneuerung des Sozialismus ermöglicht (und zwar unabhängig vom Ausgang der 'Herbstrevolution' und von ihrem Einmünden in den Beitritt der DDR zur BRD)". Die "Überwindung" des "Staatssozialismus sei "eine der zivilisatorischen Leistungen dieses Jahrhunderts – und zwar unbeschadet dessen, daß dieser Prozeß vorerst nicht in eine sozialistische Moderne mündete". (S. 252)
- 20 Zitiert nach Neues Deutschland, 4. Juni 2007.
- 21 Berth, Hendrik/Förster, Peter/Brähler, Elmar/Stöbel-Richter, Yve: Einheitslust und Einheitsfrust. Junge Ostdeutsche auf dem Weg vom DDR- zum Bundesbürger. Eine sozialwissenschaftliche Längsschnittstudie von 1987 – 2006, Gießen 2007.
- 22 Ebenda, S. 44, 45.
- 23 Ebenda. S. 64, 65/66, 66 sowie die Zusammenfassung auf den S. 100 – 106. Von Interesse sind in diesem Zusammenhang auch die Ergebnisse der Forsa-Umfrage für ntv vom 30. und 31. Juli 2007. Siehe Neues Deutschland, 3. August 2007.
- 24 Wie Horst Schneider feststellte, sind an der "Aufarbeitung der DDR-Geschichte mehr als 1200 Forschungsprojekte, etwa 250 Archive und Bibliotheken, rund 50 Institutionen der politischen Bildung, 65 Museen und Gedenkstätten und 20 Fachzeitschriften beteiligt. Hinzu kommen die vielen Fernsehdokumentationen sowie Filme, Verlage und – mit breiter Wirkung auf die junge Generation – die Schulbücher. (Siehe Horst Schneider: Hysterische Historiker, Böklund 2007, S. 25.)
- 25 Hier ordnen sich die Empfehlungen der Sabrow-Kommission ein. Siehe dazu die Auseinandersetzung mit dieser durch Gerhard Fischer in GeschichtsKorrespondenz, Juli 2006, und in akzent 4/2007, sowie die Bemerkungen des Marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Linkspartei PDS in der GeschichtsKorrespondenz, Januar 2007. Davon zeugt auch der von Kulturstaatssekretär Bernd Neumann Anfang Juli 2007 vorgelegte Diskussionsentwurf für eine Gedenkstättenkonzeption der Bundesregierung. (Siehe junge Welt, 4./5. August und 5. September 2007.)

Prof. Dr. Georg Grasnick

### **"Elektronischer Krieg" gegen die DDR**

Der kalte Krieg gegen die DDR – das war nicht nur der Wirtschaftskrieg mit seinem Wirtschaftsboykott und seiner Wirtschaftssabotage. Es war nicht nur die nichtkriegerische Aggression mit der Nichtanerkennung der DDR als Staat und dem Ziel ihrer internationalen Isolierung und schließlich Liquidierung. Es war nicht nur die militärische Roll-back-Strategie mit ihren Planspielen und friedensgefährdenden NATO-Manövern. Der kalte Krieg gegen die DDR fand seinen spezifischen Ausdruck auch im elektronischen oder psychologischen Krieg. Elektronische Medien wie Hörfunk und Fernsehen setzten vom Boden der BRD und Westberlins alles daran, – antikommunistische Sterotype zu propagieren, – Einfluss auf das Bewusstsein der DDR-Bürger im Sinne konterrevolutionärer Auffassungen zu nehmen, – sogenannte Widerstandsorganisationen aufbauen zu helfen und zu fördern, – staatsfeindliche Aktionen zu stimulieren und zu organisieren, – Sabotage im Verkehrswesen und in der Wirtschaft anzuregen.

Der elektronische Krieg, von den USA über viele Jahre geübt und verübt, fand schnell auch in der BRD seine Verfechter. Sie kooperierten mit US-Einrichtungen. Der NATO-Ministerrat maß dieser Kriegsführung einen hohen Stellenwert und ab den 1970er Jahren ein immer größeres Gewicht bei.

Die Aufgabe der elektronischen Medien des Imperialismus umriss Edmund Taylor, US-Experte für psychologische Kriegsführung, unter dem Titel "Politische Kriegsführung – ein Schwert, das wir aus der Scheide ziehen müssen". Nach Taylor ging es darum, "vor allem Aktionen zu organisieren, zu koordinieren: Streiks, Arbeit-langsam-Aktionen, Demonstrationen, Mauerpropaganda, Sabotage der Verkehrsmittel einschließlich der Schifffahrt und des Flugverkehrs, die Ermunterung zum Ungehorsam in breitem Ausmaße, Förderung der Einzel- und Massenflucht, Organisation von Ausbrüchen aus ostdeutschen Gefängnissen, all das hängt von einer weitreichenden Rundfunkagitation und -instruktion ab. Die Endphase vor dem totalen Aufstand würde erforderlichenfalls der Art von Terror-Guerilla-Kriegsführung entsprechen ... Der Rundfunk kann Äußerungen sonst flüchtiger Natur eine ungeheure Resonanz geben. Sowohl der RIAS als auch der Sender 'Freies Europa' haben wiederholt diese Fähigkeit demonstriert."<sup>1</sup>

Dem RIAS, der 1946 von der US-Administration als erstes ihrer Sprachrohre in Europa eingerichtet wurde, kam dabei eine Schlüsselrolle zu. Seine Hauptaufgabe bestand darin, die sozialistische

Entwicklung in der DDR nach Möglichkeit zu verhindern oder doch zu stören und schließlich rückgängig zu machen. Die "New Herald Tribune" schrieb am 11. Juli 1952: "Wegen seiner Sendungen, aber auch wegen der Informationen, die er sammelt, ist der RIAS für den Erfolg der Arbeiten gewisser deutscher Widerstandsorganisationen, die ihr Hauptquartier in Berlin haben, unschätzbar."<sup>2</sup>

Dementsprechend wirkte diese "freie Stimme der freien Welt" auf den "Tag X" hin. Von seiner Gründung an mit den verschiedensten Geheimdiensten verbunden, arbeitete RIAS eng mit einer Reihe von in Westberlin ansässigen Agentenzentralen zusammen. Einigen dieser Vereinigungen, so der "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit", "Bund freiheitlicher Juristen" oder "Ostbüro der SPD", räumte er zeitweilig feste Sendezeiten ein. In der "Chicago Daily Tribune" wurde im Februar 1961 offen ausgeführt: "Wir müssen durch fortgesetzte Propaganda in der sowjetischen Besatzungszone eine Armee von Guerillas schaffen ... Die Werbung wie auch die Befehlsübermittlung bis zur gegebenen Stunde ist Hauptaufgabe des RIAS."<sup>3</sup>

Mitte Juni 1953 schien der US-Administration und ihren westdeutschen Vasallen die Zeit gekommen und die durch fehlerhafte Normenpolitik der DDR-Regierung entstandene Situation günstig, langgehegte konterrevolutionäre Träume zur Realität werden zu lassen. Am 13. Juni hatte der nach Westberlin eingeflogene Chef des US-Geheimdienstes Allan Dulles die "Aktionsplanung" abgesegnet. Am 16. Juni unterbrach der RIAS sein "normales" Programm. Er begann mit einer Sonderberichterstattung über den "Aufstand" in der DDR.

Ein Korrespondent der "New York Times" kabelte zwei Tage später an seine Redaktion: "Es wäre niemals zu den Unruhen gekommen, wären nicht die Sendungen des RIAS gewesen ... Der Propagandasender der USA in Berlin verbreitete am Mittwoch (17. Juni 1953), d. Verf.) von 5.00 Uhr an für alle Teile Ostdeutschlands detaillierte Anweisungen."<sup>4</sup>

Nachdem die konterrevolutionären Blütenträume Washingtons und Bonns in diesen Juni-Tagen nicht aufgegangen waren, erhöhte die US-Administration das Budget des Senders. Einschneidende programmorganisatorische Maßnahmen erfolgten. Der RIAS wurde zum, wie es hieß, "politisch intensivsten Sender der Welt": Rund die Hälfte der Sendezeit bestand aus Wortsendungen. Ein Drittel von ihnen war der Politik gewidmet. Die beiden Programme des Senders strahlten im Verlauf von 24 Stunden 33 mal Nachrichten aus.

Helmut Kohl sprach anlässlich des 30-jährigen Bestehens des RIAS von einer "festen Brücke, die vom Weiterbestehen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937" ausgehe, die zu "den Menschen in Ostberlin und in der DDR geschlagen" worden sei.<sup>5</sup>

Neben dem RIAS waren vor allem der SFB und der Deutschlandfunk (DLF) in die Bestrebungen eingebunden, die DDR als Staatsmacht zu delegitimieren und zu destabilisieren.

Auch der DLF bekannte sich unumwunden und erklärtermaßen zum Antikommunismus. Am 17. August 1975 hieß es in diesem Sender: "Nun kann man die Schlussakte von Helsinki von vorn bis hinten durchblättern, es findet sich kein einziges Wort darüber, dass die auszutauschenden Informationen frei von Antikommunismus sein müssen und sollen ... Abgesehen davon ist zu fragen, warum Antikommunismus eigentlich etwas Schlimmes sein soll."<sup>6</sup> Ein programmatisches Bekenntnis, artikuliert von einem deutschen Sender und von deutschem Boden, drei Jahrzehnte nach Beendigung eines vom deutschen Imperialismus in die Welt getragenen und von der Grundtorheit Antikommunismus gerechtfertigten Verbrechens gegen die Menschheit. Ein Bekenntnis, provokatorisch formuliert und im eklatanten Widerspruch zur "Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts" vom 24. Oktober 1970, die unter anderem die Unterstützung und das Anreizen subversiver Aktivitäten strikt verbot. Der DLF sprach sich ausdrücklich für die Fortsetzung der Propaganda für sogenannte "regimekritische und oppositionelle Bestrebungen" aus. Der Sender erklärte vielmehr als "die wichtigste Aufgabe, die uns im Westen zukommt", gegen die Verfassungsordnung der DDR gerichtete Pamphlete "unter der DDR-Bevölkerung zu verbreiten".<sup>7</sup> Dabei wurde darauf spekuliert, dass Umtriebe in der DDR schließlich einen solchen Umfang annehmen könnten, "der ein polizeiliches Vorgehen ausschließt, und wenn die Funktionsfähigkeit des ganzen Systems infrage gestellt wird".

Helsinki sollte Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als Normalität anstreben. Der DLF und RIAS wie SFB setzten weiter auf antikommunistischen elektronischen Krieg gegen die DDR. Das Schlussdokument von Helsinki wurde gar als "Torheit" abqualifiziert. Im April 1975 kommentierte der SFB: "Westliche Narren starren noch mit falscher Hoffnung auf die KSZE: Sie vertrauen den Papieren, die dort mühselig mit Worten gefüllt wurden. Ergeben wird sich aber die Festschreibung jener europäischen Zustände, die der Osten besiegelt wissen will und die freiheitlichem Selbstverständnis unerträglich sind."<sup>8</sup> (Heute haben Freiheit und Demokratie nach solchem, vom US-Imperialismus geprägten "Selbstverständnis" offenbar genug Spielraum, um sich in der Welt auszutoben!)

Aufschlussreich für den sogenannten Mainstream in der damaligen Bundesrepublik: Politische Kräfte, die einer flexibleren ideologischen Auseinandersetzung mit dem Sozialismus den Vorzug gaben, charakterisierten den SFB im Oktober 1971 in "Deutsche Zeitung - Christ und Welt" als "Heimstatt des kalten Krieges".<sup>9</sup>

Der SFB, 1956 als "Frontstadtssender" gegründet, trug mit speziellen Sendereihen zum elektronischen Krieg gegen die DDR bei. So beispielsweise mit der Reihe "Die Zone hat das Wort". Oder mit einer



sogenannten Grußsendung, die sich einer Geheimsprache bediente. In einem Pressebericht hieß es dazu, aus Briefen gehe hervor, "dass auch die verschlüsselten Botschaften ihre Empfänger erreichten".<sup>10</sup>

Ein besonderes Kapitel im elektronischen Krieg gegen die DDR war die Infragestellung der Grenze zwischen der DDR und der BRD als Staatsgrenze, also der äußerst sensiblen Berührungslinie zwischen den beiden hochgerüsteten Militärpakten Warschauer Pakt und NATO. Selbstredend operierten und propagierten die Sender im Sinne des 1973 vom Bundesverfassungsgericht gesprochenen Urteils, diese Grenze sei "ähnlich denen, die zwischen den Ländern der Bundesrepublik verlaufen".<sup>11</sup> Also um eine "innerdeutsche" Grenze. Allein von 1980 bis 1988 wurden 209 Mal die DDR-Grenzposten mit Schusswaffen bedroht und angegriffen. 98 Mal wurde der Luftraum der DDR verletzt.

Dass der kalte Krieg gegen die DDR, darunter der elektronische oder psychologische Krieg nicht in einen verheerenden heißen Umschlag, ist nicht zuletzt der Regierung, den Grenzsoldaten und der militärischen Führung der DDR zu verdanken.

#### Anmerkungen:

1 The Reporter, 14. September 1961.

2 New York Herald Tribune, 11. Juli 1952.

3 Chicago Daily Tribune, zit. nach Neues Deutschland, 9. Februar 1961.

4 New York Times, 18. Juni 1953.

5 Der Tagesspiegel, 7. Februar 1976.

6 DLF, 17. August 1975.

7 Frankfurter Rundschau, 28. Juni 1966.

8 SFB, 21. April 1975.

9 Deutsche Zeitung, Christ und Welt, 1. Oktober 1971.

10 Die Welt, 7. August 1963.

11 Dokumente zu Deutschland, 1944 - 1994, Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, München 1996, S. 154.

Prof. em. Dr. sc. Horst Schneider

### **Prinzipien des Herangehens an die Geschichte von BRD und DDR**

*Ein guter Hirte schert seine Schafe, aber er zieht ihnen nicht das Fell ab.*

(Friedrich II. im zweiten politischen Testament 1768)

*A house divided in itself cannot stand.* (Abraham Lincoln)

(Von Willy Brandt Anfang 1990 in drei Reden in der DDR zitiert.)

Am Montag, 3. September 2007, fragte der MDR: Wie war die DDR wirklich? Im Verlaufe der Sendung wurden die Zuschauer aufgefordert, sich zu der Frage zu äußern, ob sie an die DDR überwiegend positive oder negative Erinnerungen habe. 85 % haben überwiegend positive, 15 % negative Erinnerungen. Das hätte Anlass sein können oder müssen zu fragen, warum nach 17 Jahren Einheit dieses Ergebnis zustande kommt. Dieses Ergebnis beweist aber auch, dass die offizielle staatlich verordnete "Aufarbeitung" der DDR-Geschichte gescheitert ist. Daran waren zwei Enquete-Kommissionen unter Leitung von Eppelmann beteiligt gewesen. Daran hatten 3000 Mitarbeiter der Gauck-Birthler-Behörde mitgewirkt. Filme und "Dokumentationen" scheinen generalstabsmäßig produziert worden zu sein wie zu Zeiten der Existenz einer Reichsfilmkammer.

An der "Aufarbeitung" der DDR-Geschichte beteiligen sich mehr als 1200 "Forschungsprojekte", deren Ergebnisse ganze Bibliotheken füllen, etwa 250 Archive und Bibliotheken, rund 50 Institutionen der politischen Bildung, 65 Museen und Gedenkstätten und 20 Fachzeitschriften.

Angesichts der Kläglichkeit der Diskussion möchte ich einige Prinzipien für ein konstruktives Herangehen an solche Foren formulieren:

1. Die DDR wie die BRD waren gleichberechtigte Subjekte des Völkerrechts, das den Begriff des "Unrechtsstaats" nicht kennt. Diese Tatsache war die Grundlage für das "Helsinki"-System, ihr Wirken in der UNO, die gegenseitigen Beziehungen, den 2+4-Vertrag und damit die "friedliche Wiedervereinigung".

2. Der BRD und ihren Institutionen (Justiz, Politik, Medien usw.) steht es nicht zu, Ankläger und Richter über die DDR, ihre Geschichte und ihre Bürger zu sein. Der Vergleich mit 1945 ist nützlich: Damals hatte das faschistische Deutschland bedingungslos kapituliert, seine Repräsentanten wurden (soweit möglich) nach dem Maß ihrer individuellen Schuld verurteilt. Eine Analogie zu 1989 ist unhistorisch. Die DDR war ein weltweit geachteter Staat des Friedens gewesen.

3. Weder das Völkerrecht noch das Grundgesetz gestattet es, diejenigen auszugrenzen und zu bestrafen, die in der DDR Funktionen ausgeübt haben. Mit welchen Gefühlen auch immer Bürger der DDR den "Beitritt" zur BRD erlebten, seit der Einheit gelten für sie die Pflichten und Rechte des Grundgesetzes.

Artikel 103.2 verbietet rückwirkende Strafen. Dabei bleibt zu bedenken, dass die BRD keine vom Volk legitimierte Verfassung besitzt. Das Grundgesetz von 1949 ist von den westlichen Besatzungsmächten in Kraft gesetzt worden, war als Provisorium gedacht und sollte nach Artikel 146 nach der "Wiedervereinigung" durch eine vom Volk legitimierte Verfassung ersetzt werden. Siebzehn Jahre nach der Einheit ist dieses Verfassungsgebot nicht erfüllt, ohne dass das Bundesverfassungsgericht sichtbar Protest angemeldet hat.

4. In der deutschen Nachkriegsgeschichte waren Politik, Justiz, Kultur usw. stets Bestandteil der Konfrontationspolitik der beiden Systeme, mit denen beide deutsche Staaten unlösbar verbunden waren, die BRD in der NATO, die DDR im Warschauer Vertrag. Die Geschichte der beiden deutschen Staaten ist nur in ihrer dialektischen Wechselwirkung zu verstehen.

5. "Die Geschichtsschreibung ist der zweite Triumph der Sieger über die Besiegten", schrieb Bernard L. Montgomery. Institutionen wie die Enquete-Kommissionen Eppelmanns und die Gauck-Birthler-Behörde sind staatliche Instrumente zur Produktion und Verbreitung eines verordneten Geschichtsbildes der "Sieger", in dem die Gleichsetzung der "totalitären Diktaturen" Drittes Reich und DDR den zentralen Platz einnimmt. Die Totalitarismuskonzeption ist nicht Ergebnis wissenschaftlicher Forschung, sondern staatlich verordnete Doktrin mit dem Ziel, die sozialistische DDR zu verleumdern (Kinkel: zu delegitimieren) und die Idee des Sozialismus für alle Zukunft zu diskreditieren.

6. Der Vergleich der DDR mit der BRD muss auf den Hauptfeldern der Politik und Geschichte erfolgen: Die Stellung zu Krieg und Frieden, zur Völkerverständigung und Abrüstung, zu den sozialen und kulturellen Rechten und Errungenschaften nach dem biblischen Prinzip: Prüfet alles, das Gute behaltet.

7. Eine wichtige Vergleichsebene und zugleich Maßstab ist die Stellung der beiden deutschen Staaten zu den Menschenrechten und das Maß ihrer Verwirklichung. Wenn die zentrale Losung der UNO lautet "All human rights for all human beings" verbietet sich eine willkürliche Trennung von sozialen und politischen Rechten, erst recht der Missbrauch von Menschenrechten im politischen Kampf oder zur Begründung von Kriegen und Aggressionen. Es gibt keine humanitären Interventionen, wie Willy Brandt schon 1987 wusste.

8. Wenn durch das Wirken der Treuhänder, die "Siegerjustiz", die Auf- und Abrechner unterschiedlicher Herkunft und Richtungen zum Teil irreparable Schäden verursacht wurden, heißt das nicht, dass der Weg in neue Kriege und diktatorische Herrschaftsformen unvermeidlich sind. Es gibt die Erfahrungen der DDR und des Widerstands in der BRD, angefangen vom Kampf gegen die Remilitarisierung bis zur Krefelder Bewegung. Statt den Graben zwischen Ost und West zu vertiefen, sollten die Erfahrungen des Friedens- und gewerkschaftlichen Kampfes propagiert und genutzt werden.

9. Statt Institutionen des kalten Krieges fortzuführen und bevorzugt zu finanzieren, sollten Friedens-, Abrüstungs- und Umweltprojekte gefördert werden, die die Überlebenschance der Menschheit vergrößern. Das sollte Kriterium für die Beurteilung jeder Politik und jedes Politikers werden.

10. Die Klassik, zum Beispiel Lessings Ringparabel und die reiche Kultur der modernen Arbeiterbewegung, das Erbe der DDR sind im Prozess der Versöhnung zwischen progressiven Kräften und ihrer Vereinigung im Kampf für eine friedliche Zukunft unverzichtbar: "Bewahrt vom Feuer der Vorfahren die Glut und nicht die Asche." (Jean Jaures)

---

**Donnerstag-Veranstaltungen des Arbeitskreises, Oktober - Dezember 2007**

in Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24 (am Pistoriusplatz; Bus-Haltestelle Woelckpromenade), Beginn: 16.00 Uhr

Donnerstag, 18. Oktober	Das Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien (1947 - 1956) Einführung: Prof. Dr. Harald Neubert
Donnerstag, 15. November	Die Moskauer Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1957 Einführung: Prof. Dr. Anton Latzo
Donnerstag, 13. Dezember	Die Volkskongress-Bewegung (1947 - 1949) Einführung: Dr. Norbert Podewin